

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker u. Konditoren, Lebküchler, Arbeiter u. Arbeiterinnen in der Zuckerwaren-, Schokoladen- u. Keksinindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M.R. 2.

Erk. Erleidet jeden Donnerstag. Redaktionsschluss Montag morgen 10 Uhr.

Insertionspreis pro dreispaltige Zeile 50 Pfg., für die Zeilenstellen 30 Pfg.

Werbet Kämpfer!

Die Zeit der allgemeinen Lohnbewegungen im Bäckergewerbe liegt nun hinter uns. In den Orten, wo es uns gelungen ist, mit den Unternehmern Tarifverträge abzuschließen, haben die örtlichen Leitungen alle Hände voll, um die Einhaltung des Vereinbarten aufrecht zu erhalten. Ganz besonders wird von den Verbandsangestellten verlangt, alle Vorgänge, die auf die Durchbrechung des Tarifs hinarbeiten, abzuwehren. Dabei kann oft die Wahrnehmung gemacht werden, daß die Beschäftigten in den tariffreien Betrieben durch ihre Pässigkeit recht häufig zu der zeitraubenden Arbeit beitragen, so daß die Verbandsfunktionäre sich fast nicht mit andern Fragen beschäftigen können. Unsern Mitgliedern muß daher dringend eingeschärft werden, selbst den Mann zu zeigen, damit ihnen ihre tariflichen Rechte nicht gekürzt werden. Sobald der Unternehmer merkt, daß er mit Gehilfen zu rechnen hat, die ihre Erzeugnisse verteidigen können, wird er von der Vertragsdurchbrechung Abstand nehmen. Für die Organisationsleitung wird aber dann freie Zeit ermöglicht, um sich andern sehr wichtigen Arbeiten zu widmen.

Der Abschluß einer Lohnbewegungskampagne bildet die günstigste Zeit zur Werbung von Mitgliedern. Die Erzeugnisse durch die Kämpfe treten noch scharf in Erscheinung und manch Baghafter kann damit für unsere Ideen leichter gewonnen werden. Die Mitgliedererwerbung kann aber nicht in öffentlichen Versammlungen erfolgen. Eine alte Erfahrungstatsache ist es doch, daß nach den Lohnkämpfen die Unternehmer alles aufbieten, um "ihre" Gehilfen von dem Versammlungsbesuch abzuhalten. In den lokalen Hilfensvereinen tummeln sich die Meister viel öfter und sind außerordentlich splendid im Freibierbezahlen. Vor keiner Liebenswürdigkeit gegen die Kollegen scheuen sie zurück, um die Wankelmütigen in ihre Garne locken zu können.

Die Organisation ist daher gezwungen, wenn dem Treiben der Unternehmer erfolgreich entgegengewirkt werden soll, die Aufklärung und Mitgliederwerbung nach einem andern System zu betreiben. Würden wir nicht imstande sein, trotz aller Hindernisse, die uns vom Unternehmertum in den Wege gestellt werden, die Organisation zu stärken, dann wäre es schlecht um unsere Bewegung bestellt. In den letzten Jahren ist der Wert der Versammlungsagitation in den Hintergrund getreten. Diese Erscheinung ist vornehmlich auf die Tatsache des riesigen Anwachsens der Arbeiterbewegung zurückzuführen. Dessenartige Versammlungen erfüllen nur ihren Zweck bei großen Aktionen, die in der Öffentlichkeit einen wichtigen Widerhall hinterlassen müssen. Zur Mitgliederwerbung selbst ist hier nicht mehr der günstige Boden. Daher verschwand diese Methode in den letzten Jahren mehr und mehr aus den Versammlungen, das System der Kleinarbeit trat an ihre Stelle. In tausendfältiger Verästelung entstand der Apparat der Vertrauensleute, Distrikts- und Bezirksleitung mit unzähligen tätigen Mitgliedern, die tagtäglich das Samenort unserer Idee unter die Massen streuten. Und diese ruhige, unauffällige Kleinarbeit brachte die Arbeiterbewegung in wenigen Jahren auf ihre heutige Höhe. Aus dieser methodischen Kleinarbeit ragt gipfelartig die Hausagitation

hervor. In diesem System hat die Gewerkschaftsbewegung eine solche feste Stütze gefunden, daß sie auch den größten Gefahren trocken kann. Das Scharfmachertum mag noch so sehr bemüht sein, unsern Mitgliedern das Vertrauen zu ihrer Interessenvertretung zu rauben, immer wieder findet der Agitator die ärmste Hütte seiner Klassengenossen und kann über die neuesten Erfolge berichten. Die Wankelmütigen und Baghaften können aufgemuntert und die Gleichgültigen von allen Vorgängen unterrichtet werden.

Die Zeit zur diesjährigen allgemeinen Hausagitation ist für uns sehr günstig. Abgesehen von unsern Erfolgen bei den Lohnkämpfen, sind viele andere Vorgänge zu verzeichnen, die jeder Mitarbeiter bei dieser Arbeit gut verwerten kann. Die Unternehmer-Verhandstage haben deutlicher als je ausgesprochen, daß sie uns freiwillig niemals ein Mitbestimmungsrecht in der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen einräumen. Wir werden also auch in Zukunft zur Verbesserung unserer Lebenshaltung weiterkämpfen müssen. Wollen wir aber siegreich aus den wirtschaftlichen Kämpfen hervorgehen, dann ist der Zusammenschluß aller Berufscollegen zu einer machtvollen Organisation eine zwingende Notwendigkeit. Und wer solchen Bestrebungen entgegentritt, stellt sich außerhalb der Reihen seiner Kameraden; er macht sich zum feilen Unternehmernoch. Durch das reaktionäre Verhalten der Unternehmer werden die Wirtschaftskämpfe in den kommenden Jahren schärfere Formen annehmen. Die Unternehmer wissen das, darum das Geschrei nach einem größeren Schutz für die Streikbrecher und Verbot des Boykotts. Die Kalkulation der Scharfmacher ist nicht übel. Zuerst verschleichen sie sich gegen alle Reformvorschläge und gleichzeitig wird die Hilfe der Regierung gegen die Gewerkschaften erfleht. Die Unternehmer wollen uns schrankenlos ausbeuten, daher verlangen sie von der Regierung unsere Entrechtung.

Solchem Treiben können wir doch unmöglich mit Gewehr bei Fuß zusehen. Als beste Abwehrmaßregel, die wir zu treffen haben, gilt der Dieb. Auf einen Schelm anderthalb sei unsere Losung. Will das Unternehmertum unsere Bewegung vernichten, dann antworten wir damit, daß wir die Reihen der Organisation stärken. Dabei müssen alle Mitglieder mithelfen. Es genügt nicht mehr, wenn nur einzelne Mitglieder bei der allgemeinen Agitation ihren Mann stellen, verlangt muß in dieser ersten Zeit werden, daß alle Mitglieder bei der Hausagitation tätig sind.

Wir erwarten, daß in allen Zahlstellen so gehandelt wird, dann werden wir prächtige Erfolge aufweisen können. Wohl hat sich der Mitgliederstand seit dem Berliner Verbandstag bedeutend gehoben. Damals verzeichneten wir 20 032 männliche und 3061 weibliche Mitglieder. Am Schlusse des ersten Halbjahrs 1912 betrug der Mitgliederstand 27 756. In zweieinhalb Jahren hat sich die Mitgliederzahl um 4663 vermehrt. Sollte es unter den gegebenen Verhältnissen nicht möglich sein, am Jahresschluß mit 30 000 Mitgliedern den Bericht abschließen zu können? Leider muß hier gesagt werden, daß die Mitgliederzunahme nicht im entferntesten Schritt halten konnte mit den Aufnahmen, die in dieser Zeit gemacht wurden. Ueber diese Frage wollen wir uns in einer besonderen Abhandlung beschäftigen. Für heute wollen wir speziell unser Augenmerk auf die Hausagitation richten. Es würde beschämend für diejenigen Zahlstellen sein, wo noch ein großer Teil der Gehilfen dem Verbands fernsteht, wenn dort keine Erfolge verzeichnet werden könnten.

Verbandsmitglieder! Zeigt, was Ihr könnt; arbeitet mit ganzem Eifer an der Gewinnung neuer Kämpfer!

Die Stärkung der Organisation liegt im Interesse aller!

Harry Trüller in Celle im Kampfe gegen die organisierte Arbeiterschaft.

Nachdem Herr Harry Trüller zunächst alle Hände voll zu tun hatte, um diejenigen Tagesblätter und Gewerkschaftsorgane, die die Boykottverhängung über seinen Betrieb gemeldet hatten, mit "Berichtigungen" zu beglücken, versucht er sich jetzt in weiteren Darstellungen über

den Hergang des Boykotts". Die Bevölkerung soll anscheinend vollkommen "aufgeklärt" werden. Er findet dabei selbstverständlich weitgehende Hilfe der bürgerlichen Presse und besonders aller Innungs- und sonstigen Unternehmernorgane. Ein altes Sprichwort sagt jedoch bekanntlich "Wunder Eifer schadet nur!", und es bewahrheitet sich auch in diesem Falle wieder. Wenn schon in den "Berichtigungen" eine Anzahl Widerprüche festzustellen waren, so sind die "Darstellungen" mitunter geradezu konfus; dem Pressebetrat des Herrn Trüller scheinen die gestellten Aufgaben über den Kopf zu wachsen. Man versucht zum Beispiel in der Güntherschen "Bäcker- und Konditor-Zeitung" (Berlin), dem Organe des "Germania"-Verbandes wiederum abzugeben, daß Arbeitern bei ihrem Eintritt in den Betrieb ein Vertrag zur Unterschrift vorgelegt wurde, in dem sie versprechen sollten, nicht Mitglieder unseres Verbandes zu werden und sich verpflichten mußten, weder innerhalb noch außerhalb (1) der Arbeitsstätte für diesen Verband tätig zu sein. Und zum Schlusse heißt es in dem Artikel: "... die Firma hindert auch keinen bei ihr Beschäftigten, sich irgendeiner ihm geeignet erscheinenden Organisation anzuschließen!" Sie dulde nur keine Agitation und Wühlererei im Betriebe.

Bekanntlich liegt aber die Aussage eines entlassenen Bäckers bei den Akten des Gewerbegerichts in Celle, nach welcher dieser Kollege einen solchen Vertrag tatsächlich unterschrieben hat. Man hat also ohne Zweifel Leuten das Versprechen abgenommen, nicht Mitglied unseres Verbandes zu sein, hat sie verpflichtet, weder innerhalb noch außerhalb der Arbeitsstätte für ihn einzutreten", und hat auch einzelnen das Verbandsbuch abgenommen, wie wir im Vorjahr berichten mußten — gleichzeitig hindert man aber auch niemand, "sich irgendeiner ihm geeignet erscheinenden Organisation anzuschließen." ... Das alles zu glauben, ist etwas zu viel verlangt!

Wie freundlich die Betriebsleitung den Organisationen der Arbeiterschaft überhaupt gesinnt ist, wie objektiv man ihnen gegenübersteht, zeigt ferner folgender Passus der famosen "Darstellung über den Hergang des Boykotts":

Diesem Verbands ist es nämlich schon seit Jahren ein großer Kummer, daß zwischen der Firma Harry Trüller und den bei ihr beschäftigten circa 500 Personen ein harmonisches Verhältnis besteht, das die Leute bisher ganz von selbst abgehalten hat, für den Zentralverband der Bäcker und Konditoren, der ihnen absolut nichts zu bieten vermag, ihr Geld zu opfern. Die Leute wissen ganz genau, daß ihre Interessen durch Herrn Trüller, der seinen Betrieb selbst aus den kleinsten Anfängen zu seiner heutigen Bedeutung entwickelt hat, besser wahrgenommen werden, als durch den Zentralverband der Bäcker und Konditoren, dem es lediglich auf die Beiträge ankommt. Diese Betriebe würden für die in dem Trüllerschen Betriebe beschäftigten Personen, nebenbei gesagt, jährlich etwa M. 7500 betragen, eine Summe, um die es sich immerhin lohnt, einen Kampf in Szene zu setzen, nachdem der Verband in größeren Städten abgewirtschaftet hat. So ist es zum Beispiel bezeichnend, daß die gesamte Mitgliederzahl des Verbandes in der Großstadt Hannover und Linden zusammen nur 456 beträgt, wovon 92 weibliche Mitglieder sind. Die weitaus größte Zahl dieser Mitglieder sind Bäckergehilfen, die in den Bäckereien von Hannover und Linden beschäftigt sind, während allein in den großen Keks-, Schokoladen- und Zuckerwarenfabriken Hannovers weit über 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt werden.

Diese Stelle wird ganz allein genügen, jeden organisierten Arbeiter davon abzuhalten, vorläufig die Trüllerschen Erzeugnisse zu genießen!

In dem Artikel heißt es dann weiter, nachdem alle Versuche, in dem Betriebe Fuß zu fassen, gescheitert waren, versuchte der Verband in diesem Frühjahr durch schriftliche Androhung des Boykotts, den Inhaber der Firma für den Verband günstig zu stimmen und ersuchte ihn, die Mitgliedschaft zu dem Verbands zu begünstigen. Das ist eine ganz großartige Verdrehung der Tatsachen. Es ist unserer Organisationsleitung nämlich noch nie im Traume eingefallen, Herrn Trüller in dieser Weise schriftlich näher zu treten. — Er möge gefälligst die Dokumente vorlegen! — Aber wir brachten in Erfahrung, daß dankenswerterweise Großabnehmer seiner Produkte, die von der drohenden Gefahr eines Boykotts gehört hatten, sich bemüht haben, den Herrn Vorstehenden des Verbandes der Keksfabrikanten auf die Folgen seiner Feindschaft gegen Arbeiterorganisationen aufmerksam zu machen. Die Betreffenden befürchteten üble Folgen

eines solchen Boykotts für die eigenen Betriebsstellen und wollten sich deshalb ins Mittel legen. Allerdings bedauerlicherweise ohne jeden Erfolg. Herr Trüllers Organisationsfeindlichkeit war zu groß. Aus diesem Vorgang macht nun der Artikelschreiber eine Drohung unseres Verbandes!

Die ganze Schreiberei läßt aber wenigstens niemand im Zweifel, daß Herr Trüller den Abgeordneten der Organisation jede Unterredung abgeschlagen hat. Also wenigstens eine richtige Darstellung. Zum Schluß kommt dafür freilich eine um so böswilligere Behauptung gegen unsern Verband. Es heißt da, weil unser Liebeswerben bei dem Betriebspersonal erfolglos geblieben sei, wollten wir uns nun dadurch rächen, daß durch den Boykott eine größere Anzahl der Arbeiter und Arbeiterinnen trottslos gemacht werden solle! Das ist echte Trüllersche Taktik, und sie charakterisiert die ganze Betriebsleitung auf das Beste.

Nach diesen Proben wird es niemand wundern, wenn wir berichten, daß auch noch andere Seiten aufgezogen wurden, um der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen. „Ohne Zutun der Firma“ natürlich hatten sich die Betriebsarbeiter am 12. August versammelt und nahmen einstimmig folgende Resolution an:

„Wir, die heute Abend zu einer Betriebsversammlung versammelten Arbeiter und Arbeiterinnen der Trüllerschen Fabriken haben mit Bedauern davon Kenntnis genommen, daß seitens der Gewerkschaften auf Veranlassung des Zentralverbandes der Bäcker und Konditoren über die Fabrikate der Firma Harry Trüller in Celle der Boykott durch ganz Deutschland verhängt ist und daß dies damit zu begründen versucht wird, daß wir von der Firma als rechtlose Geloten behandelt würden. Der Boykott soll angeblich zur Wahrung unserer Interessen dienen. Wir erklären demgegenüber, daß wir in der Lage sind, unsere Interessen selbst wahrnehmen zu können, und daß wir dazu den Zentralverband der Bäcker und Konditoren, dem beizutreten wir durch die Geschäftsleitung unserer Firma nicht gehindert werden, nicht als Vormund gebrauchen. Wir weisen diese von dem Verband verübte Bevormundung ganz entschieden zurück und erheben gegen die grundlose Boykottverhängung, durch die ein großer Teil von uns arbeitslos gemacht werden soll, entschieden Protest. Wir sind der Überzeugung, daß durch den mit der Boykottverhängung angestrebten Rückgang des Umsatzes unserer Firma in erster Linie unsere eigenen Lebensinteressen geschädigt und unsere Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten gefährdet werden.“

Wie diese ohne Zutun der Firma zustande gekommene Betriebsversammlung, von der die Unternehmerblätter jetzt des Lobes voll sind, in Wirklichkeit in Szene gesetzt wurde und verlief, zeigt folgender Bericht, der uns von einem Teilnehmer an derselben zugeht:

Wie sich überall einige Liebediener finden, so erstand der Firma Trüller ein solcher in der Person des Maschinenschmierers Bertram. Er arrangierte die Versammlung, führte den Vorsitz und erklärte zunächst, daß der Verband der Bäcker und Konditoren über Trüller den Boykott habe verhängen lassen, mit Begründungen, die nicht der Wahrheit entsprächen. Er fragte die Versammelten, ob jemand anwesend sei, der einen solchen Revers, wie er vom Bäcker- und Konditorenverband erwähnt werde, habe unterschreiben müssen. In ihrer Erwartung, daß niemand es wagen werde, das Wort zu nehmen, wurden die Herren Drahtzieher aber getäuscht. Ein Arbeiter fand den Mut und bestätigte das Bestehen solcher „Reverse“. Herr Bertram empfahl jedoch trotzdem eine Resolution, die an alle Zeitungen geschickt werden soll, worin zum Ausdruck kommen müsse, daß Herr Trüller niemand behindere, sich einer Organisation anzuschließen. Es müsse aber erklärt werden, daß die Versammelten den Bäcker- und Konditorenverband selber nicht als ihre Interessenvertretung anerkennen. Nachdem aus der Versammlung heraus auch hiergegen protestiert wurde, beschloß man, Herrn Trüller zu befragen, ob er bereit sei, den Bäcker- und Konditorenverband den übrigen Verbänden in dieser Beziehung gleichzustellen. Der Versammlungsleiter Bertram ging sofort zu Herrn Trüller und kam mit der überraschenden Meldung zurück, daß dieser nichts dagegen habe, wenn die Leute auch in den Bäcker- und Konditorenverband gingen. Nach kurzer Debatte erklärte die Versammlung, daß ihr dies nicht genügen könne, vielmehr müsse man darauf bestehen, daß Herr Trüller wenigstens eine solche Erklärung in der Versammlung persönlich abgebe. Herr Bertram mußte noch einmal ins Kontor, um diese Botschaft zu übermitteln. Nach Rückkehr berichtete er jedoch, daß Herr Trüller es ablehne, in die Versammlung zu kommen. Die Resolution wurde schließlich angenommen.

Unser Berichterstatter sagt leider nichts Näheres über die Art der Abstimmung. Nach dem Verlauf der Versammlung ist aber mit Bestimmtheit anzunehmen, daß die „einstimmige“ Annahme der Resolution sicher nicht von allen Beteiligten erfolgte. Wahrscheinlich hat sich eine Anzahl der Anwesenden der Abstimmung enthalten, weil man noch eine spätere Verständigung mit Herrn Trüller erhoffte. Es kam ja eigentlich nur noch darauf an, ob der Herr Senator wirklich vorbehaltlos die Organisationen anerkennen wolle. Um festzustellen, ob er mit den Gewerkschaften tatsächlich Frieden schließen wolle, und um nachzuprüfen, was von der ersten Erklärung des Herrn Bertram zu halten war — jeder wird zugeben, daß dies unter den gegebenen Umständen unbedingt notwendig war — wurde der Bezirksleiter unserer Organisation, Kollege Weber, am 16. August bei Herrn Trüller vorstellig. Herr Trüller lehnte es aber ab, unsern Kollegen überhaupt erst zu empfangen!!

Ohne eine bindende Erklärung gegenüber irgendeiner Instanz der Organisation oder einer einwandfreien schriftlichen oder mündlichen Erklärung gegenüber dem eignen Personal ist aber nicht zu erwarten, daß die allgemeine Arbeiterchaft von ihrem jetzigen Standpunkte abgeht und an eine Aufhebung des Boykotts denkt. Denn wenn sich hier in diesem Falle ein Maschinenschmierer aus dem Dunkel seines Daseins plötzlich zum Vermittler in einem schmerzlichen Konflikt zwischen den Organisationen und der Betriebsleitung aufschwimmt, so ist damit nicht die geringste Garantie gegeben, daß im Betrieb Trüller wirklich in Zukunft das Koalitionsrecht nicht wieder angetastet wird. Und darauf allein kommt es an!

ist der Boykott ein erlaubtes Kampfmittel?

Obwohl das Reichsgericht schon vor Jahren entschieden hat, daß der Boykott in den wirtschaftlichen Streitigkeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern erlaubt ist, können dies die Innungsführer der Bäckermeister immer noch nicht begreifen. Wo unsere Kollegen durch das Verhalten der Unternehmer gezwungen wird, zur Verbesserung ihrer Lebenshaltung in den Kampf einzutreten und dann durch Inserate und Flugblätter die Bevölkerung auf ihre Bestrebungen aufmerksam macht, versuchen die Innungen, diesem Vorgehen die Spitze in der Weise abzubrechen, indem sie von den Gerichten Inhaltsbefehle erwirken, in welchen den Verlegern oder Druckern unter Androhung von hohen Geld- oder Gefängnisstrafen verboten wird, solche Bekanntmachungen zu erlassen. In den meisten Fällen wurde durch die eingelegte Berufung die Aufhebung der „Einstweiligen Verfügungen“ erreicht. Trotz der reichsgerichtlichen Entscheidung fanden sich aber auch Gerichte, die in vollem Umfange den Unternehmerwünschen Rechnung trugen. So hat im Vorjahre das Oberlandesgericht in Breslau die Berufung unsererseits unter anderem mit der Begründung verworfen, weil nur ein „kleiner Teil“ der Gesellen in den Streik getreten ist. Für die Innungen war diese Begründung ein gefundenes Fressen, und überall stützten sie ihre Anträge damit, daß nur „ein Teil“ der Gesellen den Streik beschlossen hat.

In diesem Jahre ist aber den Bäckerinnungen wenig das Glück hold. In Magdeburg und Rostock wurde den Innungsführern jetzt aber eine gründliche Durchsicht verabschiedet, an die sie wohl noch einige Zeit denken werden. In Rostock wurde gegen die „Einstweilige Verfügung“ die gerichtliche Entscheidung gefordert. Das Gericht kam zu folgendem Urteil:

Die einstweilige Verfügung des Großherzoglichen Amtsgerichts zu Rostock vom 27. Juli 1912 wird aufgehoben. Der Klageantrag wird abgewiesen. Die Kosten des Rechtsstreits trägt Klägerin (Bäckerinnung).

In seiner Begründung des Urteils sagt das Gericht: Der Fall liegt im großen und ganzen völlig wie in dem vom Reichsgericht — Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen, Band 64, Nr. 15, Seite 52 ff. — entschiedenen Fall. In dem Flugblatt, Anlage 1 zu (1), finden sich freilich scharfe Ausdrücke, namentlich der von Klägerin monierte Satz: „Laßt die auf ihren Herrenstandpunkt gestellten Brot mit diesen selbst verzehren!“ und die Beschlagnahme zweifellos besser getan, um dem Kampf vermeidbare Härte zu nehmen, derartige scharfe Ausdrücke zu unterlassen. Aber zunächst wird durch einzelne Ausschreitungen der Boykott als solcher nicht widerrechtlich, vielmehr könnte es sich nur um die Widerrechtlichkeit solcher Ausschreitungen handeln. Im übrigen kann auch jene Ausdrücke als widerrechtlich nicht angesehen werden, denn sie stellen lediglich „die widerstrebenden Bäckergesellen als ähne Verfechter ihrer Standesinteressen“ (Reichsgericht a. a. O. Seite 55) dar, ohne daß aber dadurch zugleich etwas behauptet wäre, was sie verächtlich zu machen oder in der öffentlichen Meinung herabzumüßigen geeignet sei. Hiernach war bei weiterer Berücksichtigung der §§ 91, 709, 5 der Zivilprozessordnung, wie gesehen, zu erkennen.

Die Zwangsinnung in Magdeburg war mit der Bestrafung der tariftreuen Innungsmitglieder noch nicht zufrieden, es mußte auch etwas getan werden, um den Boykott ein für allemal gesetzlich zu verbieten. Sie erwirkte eine „Einstweilige Verfügung“ gegen den Parteisekretär als Vorsitzenden der Kommission zur Bekämpfung des Post- und Logiszwanges, den Redakteur und den Verleger der „Volkstimme“. Dagegen wurde von dem genannten Berufung an das Oberlandesgericht eingelegt mit dem Erfolg, daß in Naumburg entschieden wurde: „Der Teil der einstweiligen Verfügung wird aufgehoben, nach welchem bei Vermeidung einer Geldstrafe von M 1500 oder einer Haftstrafe von sechs Monaten für jeden Zuwiderhandlungsfall verboten wurde, Flugblätter zu verbreiten, in welchen die Namen der Bäckermeister, welche die Forderungen des Bäcker- und Konditorenverbandes oder der Kommission zur Beseitigung oder Bekämpfung des Post- und Logiszwanges oder seiner Lohnkommission bewilligt haben, veröffentlicht sind.“

Den Entscheidungsgründen entnehmen wir: Der Senat geht in Uebereinstimmung mit der Judikatur des Reichsgerichts davon aus, daß der Streik und der Boykott in den wirtschaftlichen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern an sich erlaubte Kampfmittel sind und ein Einschreiten der Gerichte zum Schutze der Angegriffenen erst dann rechtfertigt, wenn die Aufforderungen zum Streik oder zur Aussperrung mit Veröffentlichungen verbunden sind, welche sich als unwahr herausstellen und geeignet sind, den wirtschaftlichen Gegner in der Achtung seiner Standesgenossen oder der Konsumenten herabzusetzen oder ebenjowohl die Verhütung einzelner Volksklassen als die Erreichung wirtschaftlicher Vorteile bezwecken. Es ist nun allgemein bekannt, daß sich seit Jahren eine wirtschaftliche Bewegung zum Zwecke der Bekämpfung des Post- und Logiszwanges, der noch in einzelnen Gewerben, insbesondere im Bäckergewerbe, vorherrscht, entzünden und sich durchzusetzen bemüht ist. Das erstrebte Ziel ist ein erlaubtes — es zu verfolgen und seine Erreichung auch mit den Mitteln des Streiks und Boykotts zu erstreben, kann auch einer Minderheit nicht verjagt werden. Es ist daher an sich nichts Unstatthafes, wenn eine kleine Minderheit von Gesellen dieserhalb in den Streik tritt, die Namen der Meister, welche ihre Forderungen bewilligt haben, veröffentlicht und in Zeitungen und Flugblättern ihre Standesgenossen auffordert, ihnen beizutreten und vor allem das tausende Publikum ersucht, sie dadurch zu unterstützen, daß es die nicht bewilligten Geschäfte meidet und seinen Bedarf bei den ihnen bekanntgegebenen, der erwähnten Forderung freundlich gegenüberstehenden Meistern deckt. . . .

Rechtswidrig werden die erwähnten Maßnahmen, insbesondere die gedachten Veröffent-

lichungen erst, wenn zu ihrer Begründung eine wahre und unkontrollierbare Behauptungen — namentlich tatsächlicher Natur — aufgestellt werden, welche geeignet sind, das große Publikum, das in dem wirtschaftlichen Kampfe eingzugreifen aufgefordert wird, irre zu führen, sein Urteil zu trüben und es so zu einem Verhalten zu verleiten, daß es bei Kenntnis des wahren Sachverhalts oder wenigstens der Möglichkeit der Nachprüfung des Inhalts der Boykottartikel und Boykottflugblätter vielleicht nicht eingeschlagen hätte. . . . Ob der Streik beendet ist, von wie vielen Gesellen er beschlossen oder durchgeführt ist, ist gleichgültig, da das Flugblatt falsche Behauptungen über die Entstehung des Streiks, welche das Urteil der Konsumenten trüben könnten, nicht enthält. In der Nennung der Namen gewisser Bäckermeister und der Aufforderung, nur bei ihnen zu kaufen, konnte unter den gegebenen Umständen eine Veranlassung zu einem Verbot nicht gefunden werden. . . .

Die Kosten müssen zu zwei Drittel die Antragsteller (Bäckermeister) bezahlen; hoffentlich wird die Zwangsinnung aus den Einnahmen für Ordnungsstrafen von den tariftreuen Meistern so anständig handeln und den hineingefallenen Mitgliedern ihre Auslagen ersetzen. Die Magdeburger Scharfmacher werden vom Urteil nicht besonders erbaut sein. Wohl haben sie die behördliche Sanktionierung des schlimmsten Terrorz gegen die tariftreuen Bäckermeister erreicht, nach welcher diese in eine tägliche Ordnungsstrafe von M 20 genommen werden. Nicht einmal die Schamröte steigt den Handwerksrettern ins Gesicht, wenn sie von den ärmsten Kleinmeistern die Geldbeträge mittels Zwangsvollstreckung entreiben lassen.

Um die Tatsache kommen die Innungsgewaltigen nicht mehr herum, daß erneut die Gerichte in Naumburg und Rostock bestätigt haben: „Der Boykott in den wirtschaftlichen Streitigkeiten zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist ein erlaubtes Kampfmittel. Dem Vorstand des Bäckerinnungsverbandes trauen wir aber trotzdem nicht zu, daraus erblich Lehren für die Zukunft zu ziehen. Er wird bei den Lohnkämpfen wie bisher den Innungen „weiche“ Ratschläge erteilen und sie in ihren reaktionären Bestrebungen bestärken.“

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1911.

Eine günstige Wirtschaftsentwicklung ist nicht ohne Einfluß auf die Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationen. In Jahren schwerer industrieller Krisen kamen die Gewerkschaften nur mäßig vorwärts oder sie gingen gar in den Mitgliederzahlen etwas zurück. Auf die gute Geschäftskonjunktur des Jahres 1911 ist daher zum großen Teil die erhebliche Steigerung der Mitgliederzahl der Gewerkschaften zu rechnen. Unsere Gewerkschaften haben mit Ausnahme des Jahres 1906 noch nie solchen Zuwachs zu verzeichnen gehabt, wie im Vorjahre. Die Mitgliederzahl der Zentralverbände betrug nach der sechsten im „Correspondenzblatt der Generalkommission“ veröffentlichten Statistik im Durchschnitt des Jahres 1910 2 017 298, 1911 dagegen 2 320 986. Die Zunahme beträgt 15,05 pzt. gegenüber 10,07 pzt. im Jahre 1910. Etwas höher als die Jahresdurchschnittsziffer ist die am Jahreschlusse 1911 von den Gewerkschaften erreichte Mitgliederzahl. Daraus ergibt sich, daß unsere Zentralverbände die Zahl von 24 Millionen Mitgliedern überschritten haben. Sie zählten am Ende des Jahres 2 400 018 Mitglieder gegen 2 128 021 am Ende des Vorjahres. Das Mehr beträgt hier 271 997. — Die Mitgliederzahl der Verbände, die der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands angehören, ist um 21 447 höher, betrug also Ende 1911 2 421 465. Das Mehr entfällt auf die beiden Verbände der Landarbeiter und der Hausangestellten, die zum ersten Male in der Statistik geführt werden, wenn auch nicht als Gewerkschaften im engeren Sinne des Wortes. Die Zunahme der Mitgliederzahl dieser beiden Verbände im Berichtsjahre betrug 7005.

Die Mitgliederzahl der gewerkschaftlichen Zentralverbände hat sich seit dem Jahre 1893, dem Jahre des tiefsten Standes, mehr als verdreifacht. Eine Gegenüberstellung der Entwicklung der sechs-Dunderstehen und der christlichen Gewerkschaften ergibt, daß seit 1900 die Mitgliederzahl der deutschen Gewerkschaften sich um 17,5 pzt., die der christlichen Gewerkschaften um 113,4 pzt. vermehrte, dagegen stieg die der Zentralverbände um 241,1 pzt., mit Eingerechnung der Verbände der Hausangestellten und der Landarbeiter sogar um 243,9 pzt.

Durch den Zusammenschluß des Maurerverbandes und des Bauhilfsarbeiterverbandes zu einem Bauarbeiterverband und durch Anschluß der Isolierer an diesen großen Verband wurde die Zahl der der Generalkommission angeschlossenen Verbände um zwei verringert. Nur vier Verbände wiesen unbedeutende Rückgänge ihrer Mitgliederzahlen auf. So zählten die Kürschner 180, die Lithographen 186, die Schiffszimmerer 404 und die Klographen 17 Mitglieder weniger als im Vorjahre, zusammen eine Abnahme von 787, der eine Zunahme von 304 475 in den übrigen Verbänden gegenübersteht.

Nach der Höhe der Mitgliederzahlen geordnet, hatten im Durchschnitt des Jahres 1911 Mitglieder: Metallarbeiter 494 177, Bauarbeiter 290 136, Fabrikarbeiter 182 902, Transportarbeiter 181 570, Holzarbeiter 176 838, Textilarbeiter 126 547, Bergarbeiter 120 975, Buchdrucker 63 903, Zimmerer 58 745, Maler 47 315, Schneider 46 534, Schuhmacher 45 341, Brauerei- und Mühlenarbeiter 45 289, Gemeindegewerkschaften 43 808, Tabakarbeiter 34 393, Buchbinder 29 599, Steinarbeiter 26 871, Bäcker und Konditoren 25 218, Maschinenisten 23 095, Lithographen 17 029, Buchdruckerhilfsarbeiter 16 305, Glasarbeiter 16 226, Schmiede 16 082, Porzellanarbeiter 15 691, Lederarbeiter 15 289, Handlungshelfen 14 377, Sattler und Portefeuerer 13 540, Gastwirtschaftshelfen 12 689, Köpfer 12 024, Steinseiler 10 706, Steinarbeiter 10 402, Putzmacher 9822, Tapezierer 9671, Böttcher 8280, Dachdecker 8209, Bureauangestellte 6572, Gärtner 6113, Kupfer- und Eisenarbeiter 4807, Fleischer 4765, Glaser 4613, Kürschner 4189, Bildhauer 3723, Schiffszimmerer 3666, Zigarrenportierer 3172, Lagerhalter 2628, Friseur 2170, Zivilmusiker 1886, Asphaltreue 1113, Blumenarbeiter

1076, Klographen 453 und Notensteher 442. Dazu kommen die Landarbeiter mit 13 228 und die Hausangestellten mit 1571 Mitgliedern.

Erfreulich ist die seit Jahren stetige Zunahme der Zahl der organisierten Arbeiterinnen. Sie war im Berichtsjahre prozentual (18,4 pZt.) sogar noch ein wenig höher als die allgemeine Mitgliederzunahme; 191 332 weibliche Mitglieder wurden 1912 gezählt gegenüber 161 512 im Jahre 1911. Von unsern 51 Verbänden zählen 18 keine weiblichen Mitglieder. Es hatten weibliche Mitglieder: Textilarbeiter 45 651, Metallarbeiter 25 103, Fabrikarbeiter 11 853, Tabakarbeiter 16 870, Buchbinder 14 127, Schneider 1363, Buch- und Steindruckhilfsarbeiter 9323, Handlungshilfen 8679, Schuhmacher 7939, Transportarbeiter 6479, Pelzarbeiter 5819, Putzmacher 4414, Bäcker und Konditoren 736, Porzellanarbeiter 2260, Kürschner 1451, Gemeindevorsteher 1189, Sattler und Portefeuilier 1161, Brauereiarbeiter 1154, Lederarbeiter 1096, Zigarrensortierer 953, Gastmirtshilfen 744, Glasarbeiter 705, Blumenarbeiter 567, Bureauangestellte 206, Lagerhalter 154, Tapezierer 129, Fleischer 106, Steinarbeiter 62, Maler 11, Gärtner 17, Lithographen 9, Friseur 1 und Glaser 1.

Die Einnahmen und Ausgaben haben absolut zugenommen, auf den Kopf des Mitgliedes aber berechnet, liegen sie hinter denen des Vorjahres zurück. Die Ausgaben gingen verhältnismäßig mehr zurück, waren doch umfangreiche Kämpfe, wie 1910 die Bauarbeiterausperrung, nicht zu verzeichnen. Dadurch hat sich der durchschnittliche Kassenbestand etwas erhöht. Die Gesamteinnahmen begiffen sich auf M 72 086 957 (im Vorjahre M 64 372 190), die Gesamtausgaben auf M 60 025 080 (im Vorjahre M 57 926 568) und die Vermögensbestände auf M 52 105 821 (im Vorjahre M 52 575 505). Auf den Kopf der Mitglieder entfielen an Einnahmen M 31,06, an Ausgaben M 25,88 und an Vermögen M 26,76. Die Steigerung der durch regelmäßige Beiträge erzielten Einnahmen hat auch im Berichtsjahre Fortschritte gemacht. Während zum Beispiel im Jahre 1907 erst 25 pZt. der Verbände einen Wochenbeitrag von über 50 s erhoben, hat ihn heute nahezu die Hälfte aller Gewerkschaften; und rund 46 pZt. aller Mitglieder zahlen mehr als 50 s Wochenbeitrag. Aus Beiträgen wurden über 57 Millionen Mark vereinnahmt gegen 48 Millionen Mark im Vorjahre. Neben diesen Verbandsbeiträgen erheben die meisten Verbände noch keineswegs unerhebliche Beiträge für lokale Zwecke. 65,3 pZt. der Mitglieder waren mit M 7 609 702 an solchen Lokalbeiträgen beteiligt.

Unter den über 60 Millionen Mark betragenden Ausgaben steht an erster Stelle die Streikunterstützung mit M 16 700 000. Für Arbeitsunfähige (Krankenunterstützung) wurden über 10 Millionen Mark, für Arbeitslosenunterstützung über 6 Millionen Mark und für Reiseunterstützung M 1 028 000 gezahlt. Für Unterstützungen an Reisende, Arbeitslose, Kranke, Gemäßregelte, bei Sterbefällen, in Notfällen und bei Umzügen wurden insgesamt M 20 414 000 ausgegeben, während für Streiks im Verufe und in andern Berufen insgesamt M 17 308 000 Ausgaben entstanden. Die Ausgaben für Unterstützungszwecke sind in den einzelnen Verbänden sehr unterschiedlich. So bewegen sich zum Beispiel die Ausgaben für Unterstützungszwecke (ohne Streikunterstützung) zwischen 93 s (Handlungsgehilfen) und M 39,97 (Buchdrucker) pro Mitglied. Die Ausgaben für Reiseunterstützung variieren zwischen 1 s (Schiffszimmerer) und M 2,87 (Buchdrucker), für Arbeitslosenunterstützung zwischen 19 s (Notensteher) und M 14,81 (Klographen), für Krankenunterstützung zwischen 35 s (Stoffateure) und 15,30 (Buchdrucker), für Invalidenunterstützung zwischen 1 s (Schiffszimmerer) und M 22,75 (Porzellanarbeiter). Für Streiks im eigenen Beruf schwanken die Ausgaben von 1 s (Buchdrucker) und M 51,16 (Zigarrensortierer). Die Reise- und Arbeitslosenunterstützung kommt in den Verbänden immer mehr zur Einführung. Arbeitslosenunterstützung wird in 42 Verbänden, Reiseunterstützung in 39 Verbänden gezahlt. Innerhalb 20 Jahren haben die Verbände 59 Millionen Mark für diese Unterstützungszwecke aufgebracht.

Von den gegnerischen Gewerkschaften wird berichtet, daß die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften durch den Rücktritt des Vereins deutscher Kaufleute einen erheblichen Mitgliederverlust erlitten haben. Die Gesamtmitgliederszahl der Gewerkschaften ging von 122 571 im Jahre 1910 auf 107 743 im Jahre 1911 zurück. Für diesen Mitgliederchwund wird im Rechenschaftsbericht des Verbandes ein wenig überzeugender Grund angegeben. Von rechts und links würden die braven Hirsch-Dunderschen bedrängt, sozialdemokratische und christliche Gegner seien wenig wählbar in ihren Mitteln, und mancher Arbeiter mühte entgegen seiner inneren Überzeugung einer den Hirsch-Dunderschen feindlich gesinnten Organisation beitreten, nur um seine Arbeitsstelle zu behalten. Was hier als der vielgerühmte Terrorismus gepriesen wird, ist sicher Selbstzerrennen der Arbeiter, die im Betriebe selbst davon überzeugt werden, daß nicht die hin- und herpendelnden Gewerkschaften, sondern unsere wirtschaftlich starken Zentralverbände geregelte Arbeitsbedingungen geschaffen haben.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichnen für das Berichtsjahr eine Zunahme von 45 828 Mitgliedern, darunter befinden sich allein über 27 000 Mitglieder weiblichen Geschlechts; ihre Gesamtmitgliederszahl stieg von 295 129 auf 340 957. Ihre größte Mitgliederzahl mit 83 588 entfällt auf die Bergleute, nach ihnen kommen die Textilarbeiter mit 42 397, die Metallarbeiter mit 41 253 und die Bauarbeiter mit 39 955 Mitgliedern usw.

Der Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften für 1911, unter dem Eindruck des Konflikts mit der römischen Kirche geschrieben, sucht die Existenz der christlichen Gewerkschaften als eine wirtschaftliche und soziale sowie staatspolitische Notwendigkeit zu erweisen, und zwar ganz besonders im Hinblick auf das Wachstum der freien Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl. Das „Correspondenzblatt“ meint treffend dazu: „Wesser kann die Mangelhaftigkeit der christlichen Gewerkschaften kaum begründet werden als durch diese Tatsachen. Seit 1899, dem Gründungsjahr des christlichen Gesamtverbandes, sind 350 000 christliche Arbeiter in den christlichen Gewerkschaften zusammengekommen. Seit dieser Zeit hat sich die Zahl der freien Gewerkschaftsmit-

glieder um 1 841 000 vermehrt, also um das fünfeinviertelfache des gesamten christlichen Mitgliederbestandes. Und die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswahlstimmen stieg von 1898 bis 1912 von 2 107 100 auf über 4 1/2 Millionen Stimmen, also auf das Doppelte, während die Wähler der Zentrumsparlei nur von 1 752 000 auf 2 035 200 wuchsen, also noch nicht einmal um soviel, als die Zahl der christlich organisierten Arbeiter beträgt. Das ist in der Tat das vollständige Fiasco der christlichen Gewerkschaftsbewegung, und man kann es den kirchlichen und politischen Gründern derselben von ihrem Standpunkte aus nicht verargen, wenn sie mit der Entwidlung der interkonfessionellen Gewerkschaften so wenig zufrieden sind und zur Organisation der konfessionellen Arbeitervereine zurückkehren möchten. Die christliche Gewerkschaftsorganisation hat seither weder den freien Gewerkschaften, noch der Sozialdemokratie wesentlichen Abbruch tun können, obwohl sie die Arbeiterinteressen vielfach ganz erheblich geschädigt hat, vor allem durch ihr wenig zuverlässiges Verhalten in Lohnkämpfen. Durch ihre Streikbruchtaktik hat sie in erster Linie sich selbst geschädigt, indem sie dadurch die ehrlieh für die Verbesserung ihrer Lage wirkenden Arbeiterkreise von sich abstößt. Das erklärt auch ihr verhältnismäßig langsames Wachstum, das sehr wenig ihrem günstigen Rekrutierungsgebiet und ihrem und ihrer bevorzugten Kreise Kräfteaufwand entspricht.“

Die Mitgliederzahl der Unabhängigen Vereine hat sich von 253 020 im Jahre 1910 auf 272 517 im Jahre 1911 gehoben. Eine größere Bedeutung kommt neben der Polnischen Berufsvereinigung mit 57 988 Mitgliedern nur dem Berliner (früher Triester) Eisenbahnerverband mit 92 000 Mitgliedern, dem Bayerischen Post- und Telegraphenarbeiterverband mit 13 095 Mitgliedern und dem Allgemeinen Deutschen Musikerverband mit etwa 13 000 Mitgliedern sowie dem Badischen Eisenbahnerverband mit 11 652 Mitgliedern zu. Der modernen Arbeiterbewegung etwas näher stehen der Süddeutsche Eisenbahnerverband mit 11 815 und der Solinger Industriearbeiterverband mit 6040 Mitgliedern sowie der Verband der Theater- und Kinoangestellten mit 400 Mitgliedern. — Die gesamte Gewerkschaftsbewegung zählte im Jahre 1911 also 3 042 203 Mitglieder und hatte eine Zunahme von 354 185 Mitgliedern. Ihre Gesamteinnahmen betragen, ausschließlich der „Unabhängigen Vereine“, M 80 953 814, ihre Gesamtausgaben M 67 629 149 und ihre Vermögensbestände M 70 878 305. Eine Zunahme an Mitgliedern verzeichneten die Zentralverbände mit 303 688 = 15,05 pZt., die christlichen Gewerkschaften mit 45 828 = 15,53 pZt., während die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften um 14 828 = 12,10 pZt. zurückgingen. — Die Organisationen der Privatangestellten hatten nach dem „Reichsarbeitsblatt“ in 62 Verbänden 822 604 Mitglieder. Und die Wirtschaftsfriedlichen Vereine (Gelbe und Vaterländische) 162 262. (Im Jahre 1910 121 126.)

Noch in keinem Jahr ist der Ansturm unserer Feinde gegen die freien Gewerkschaften so heftig gewesen wie im vergangenen. Die Scharfmacher schreien nach gesetzlichen Verdrückungsmaßnahmen gegen unsere Gewerkschaften. Hilfreiche Hand dazu bieten ihnen mehr oder minder offensichtlich die gegnerischen Gewerkschaften. Und der Erfolg? Eine fast nie dagewesene starke Fortentwicklung der zentralisierten Gewerkschaften! Am festgefühten Bau dieser einheitlichen Organisationen zerschellen alle Scharfmachereien und Zerplitterungsversuche.

Arbeitslosigkeit in deutschen Fachverbänden.

An der Statistik der Arbeitslosigkeit in den Fachverbänden, die jeweils vom Kaiserlichen Statistischen Amt aufgenommen wird, beteiligten sich im zweiten Quartal dieses Jahres 52 Verbände mit 2 113 855 Mitgliedern. Berücksichtigt wurden jedoch nur 2 053 767 Personen; für die übrigen war von den Zweigstellen einer Reihe von Verbänden nicht berichtet worden. Am Ende der letzten Woche des Monats Juni waren als arbeitslos gemeldet 30 505 am Ort, 4633 auf der Reise befindlich. Das sind zusammen 35 138 Personen oder 1,7 v. H. der Mitgliederzahl. Am Schlusse des Monats April waren 1,7 v. H., am Schlusse des Monats Mai waren 1,9 v. H. arbeitslos. Gegenüber dem Vorjahr ist eine kleine Verschlechterung eingetreten; im Mai und Juni 1911 waren nur 1,6 v. H. arbeitslos.

Mit einer Arbeitslosenziffer von über 3 pZt. erscheinen Ende Juni 13 Verbände mit 175 564 Mitgliedern, das sind 8,3 v. H. der Gesamtmitgliederszahl.

Die meisten Arbeitslosen (24 pZt.) hatten die Gutmacher, an zweiter Stelle finden wir die Friseure (12 pZt.). Unser Verband ist an die vierte Stelle gerückt; wir hatten Ende Juni 6,4 pZt. Arbeitslose gegen 6,3 pZt. im Vorjahr und 7,3 pZt. im Mai 1912.

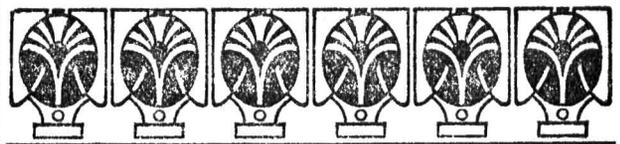
Die Verhältniszahl der Arbeitslosenfälle betrug im Durchschnitt aller Verbände 6,9 gegen 9,0 im ersten Vierteljahr und 6,6 im Vorjahr. Ueber dem Durchschnitt standen 22 Verbände mit 516 738 Mitgliedern = 24,4 v. H. aller Mitglieder. Die meisten Arbeitslosenfälle hatten die Bildhauer (39,9 pZt.), die Friseure (39,6 pZt.), die Tapezierer (24,5 pZt.), die Gutmacher (23,1 pZt.), die Glaser (21,8 pZt.) und unser Verband. Die Zahl unserer Arbeitslosenfälle hat sich von 19,1 pZt. im ersten Vierteljahr auf 20,4 pZt. im Berichtsquartal gehoben. Gegenüber dem Parallelquartal des Vorjahres trat keine Verschlechterung ein; damals hatte unser Verband 20,7 pZt. Arbeitslosenfälle.

Die Gesamtzahl der Arbeitslosentage aller Verbände betrug am Orte 1 823 861, auf der Reise 237 335, zusammen 2 061 196. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenfalles betrug 15 Tage. Die gesamte Unterstützungssumme der Verbände betrug im Berichtsquartal M 1 927 510, das sind M 426 508 mehr als im zweiten Quartal 1911. Die durchschnittliche Unterstützungssumme am Orte betrug M 21,71 pro Kopf gegen M 21,51 im Vorjahr.

Unser Verband hatte 4707 Arbeitslosenfälle am Ort; die Gesamtzahl der Arbeitslosentage unserer Mitglieder betrug 86 040. Die durchschnittliche Dauer eines Arbeitslosenfalles betrug 18 Tage gegen 16 im gleichen Quartal des Vorjahres.

Als Resultat der diesmaligen Erhebung ist also für unsere Mitglieder zu verzeichnen: Ende des Quartals

mehr Arbeitslose als im Vorjahr, mehr Arbeitslosenfälle als im ersten Quartal und eine längere Dauer der Arbeitslosigkeit. Zusammengefaßt bedeutet das eine starke Verschlechterung der Arbeitslage.



Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Quittung.

Vom 12. bis 17. August gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beträge ein:

Für Juli: Forst M. 39,60, Halle 604,50, Crefeld 42,50, Lüneburg 57,30, Silberfeld 388,20, Apolda 53,80, Mühlhausen 96,90, Bad Reichenhall 112,60, Uetersen 39,90, Rosenheim 223,60, Lüdenscheid 55,50, Rüstingen 124,90, Kiel 517,90, Hof 68,45, Bayreuth 102,70, Halberstadt 88,05, Schwerin 69,80, Limbach 40,10, Stendal 42,30, Chemnitz 387,80, Bremerhaven 171,45, Mannheim 601,70, Zeitz 256,40, Bochum 62, Crimmitschau 120, Leipzig 1886,95, Görlitz 156,20, Gelsenkirchen 63,40, Leisnig-Döbeln 76,70, Hanau 43,40, Hagen 70,80, Braunschweig 305,60, Striegau 37,90, Landsberg 34,10, Remscheid 104,75, Rudolstadt 67,95, Sonneberg 57,50, Gildesheim 38,40, Stettin 374,15, Meuselwitz 76,90, Bernburg 74,60, Neumünster 22,10, Freiburg 84,80, Tangermünde 56,90, Frankfurt 1817,70, London 159,80, Gera 176,70, Blauen 129,65, Augsburg 77,10, Rostock 149,40, Weissenfels 77,70, Erfurt 153,10, Oldenburg 72,30, Jümenau 57,05, Harburg 196,60, Kaiserslautern 52,90, Brandenburg 115,40, Straßburg 213,60, Meß 40,30, Friedberg 57,20, Begeleit 43,90, Flensburg 219,60, Weiskwasser 22,70, Wittenberg 37,90, Martfeldwitz, 28,15.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: A. G. Gröba M. 2,50, E. L. Wolmerdingen 15, D. Sch. Weibersbrunn 4,50, R. H. Schleich 5, E. N. Oberschwarzach 4,50, G. R. Borstel 5, F. M. Silbers a. Rhdn 5,50, P. L. Ober-Cunnersdorf 2,50.

Für Abonnements und Annoncen: R. Erfurt M. 2, Hamburg 15,30.

Für Gesichte der Bäcker- und Konditorenbewegung: Schwerin M. 3, Halle 3, Leisnig-Döbeln 3, Straßburg 3.

Bei der Hauptkasse restieren für Juli: Cottbus, Danzig, Jena, Spremberg.

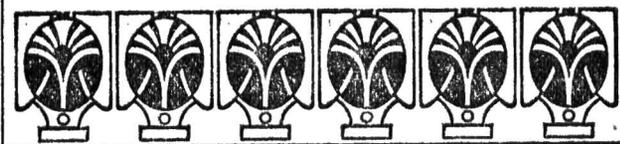
Abrechnung ohne Geld gesandt: Königsberg. Der Hauptkassierer. D. Freitag.

Spätestens am 24. August
ist der 85. Wochenbeitrag für 1912
(25. bis 31. August) fällig.

Aus den Bezirken.

Hagen-Schwerte. Der Vertrauensmann für Hagen ist jetzt Oskar Josef, Hagen, Hochstr. 97. Unterstützung wird beim Kollegen S. Olschewski, Mollkestr. 30, ausbezahlt.

Weimar. Der Vertrauensmann Artur Fischer wohnt Schwanenstr. 72 bei Paul Tang.



Korrespondenzen.

(Berichte von Versammlungen finden nur Aufnahme, wenn sie von allgemeinem Interesse sind. Alle zur Veröffentlichung bestimmten Einwendungen müssen mit dem Zahlstellenstempel versehen und vom Vorsitzenden gegenzeichnet sein.)

Bäcker.

Baden-Baden. Am 23. Juli tagte eine öffentliche Bäckergehilfenversammlung, in welcher Kollege Fiedler-Karlruhe über die statistischen Erhebungen in den Bädereien und die Zukunft der hiesigen Gehilfenschaft sprach. Redner schilderte an der Hand des gesammelten Materials die wirtschaftliche Lage der Gehilfen und die bestehenden Zustände in den hiesigen Bädereien und zog einen Vergleich zwischen dem hiesigen Bädereienpublikum und der Lebenshaltung der Kollegen. Die gut besuchte Versammlung nahm die Ausführungen mit großem Beifall entgegen. In der Diskussion wurden von einigen Kollegen noch Ergänzungen vorgebracht über die bestehenden Zustände am Orte. Sehr bezeichnend, wie die Arbeiterschußbestimmungen nicht eingehalten werden, ist ein Vorgang, der sich kürzlich abspielte. Ein Schuhmann revidierte Sonntags vormittags eine Bäckerei und traf den Lehrling noch beim Mehlsieben an. Als der Meister das bemerkte, ging er mit einem Besenstiel auf den Beamten los und wollte ihn hinauswerfen. Das Ende vom Liede war, daß das schneidige Meisterlein tief in den Geldbeutel greifen mußte. Wenn Kollegen traten dem Verbands bei. Die Unternehmer sehen mit scheelen Augen diesem Umschwung der Gehilfen zu und glauben durch allerlei Schikanen die Organisation wieder auszrotten zu können. Es ist zu begrüßen, daß auch die Kollegen im Verein zum großen Teil dem Verbands angehören. Nur durch gemeinsames Handeln wird es

möglich sein, auch hier bessere Verhältnisse zu erkämpfen. Holt darum den letzten Kollegen in die Organisation.

Eßlingen. Herr G. Bayer, Obermeister der Bäckervereinigung von Eßlingen, als Scharfmacher auf dem Innungsverbandstag in Wöhringen, lautete das Thema einer sehr gut besuchten öffentlichen Bäckergehilfenversammlung am 8. August in der „Neuen Welt“. Herr Obermeister Bayer war durch Schreiben zu der Versammlung eingeladen worden, zog es aber vor, durch Abwesenheit zu glänzen. Kollege Manz bedauerte das Nichterscheinen des Herrn und ging dann auf das Verhalten desselben auf dem Innungsverbandstag in Wöhringen ein. Dort hat Herr Bayer eine Rede geredet über: „Die Schädigung des Bäckergewerbes durch Boykott und Terrorismus der Sozialdemokratie“. Man hätte keine Ursache, sich näher mit diesem bäckervermeisterlichen Erguß zu befassen, wenn nicht das ganze von Herrn Bayer gehaltene Referat von Unwahrheiten wimmelte. Es ist verwunderlich, daß ein Mann wie Herr Bayer, der ein Ansehen in der Eßlinger Bürgerschaft genießt, sich nicht scheut, die Wahrheit in ihr Gegenteil umzubiegen, nur um den Gegner, den roten Verband und die Sozialdemokratie, herabzusetzen und in der Öffentlichkeit schlecht zu machen. Herr Bayer hat in Wöhringen über den Lohnkampf im Bäckergewerbe in Eßlingen referiert und unter anderem angeführt: „Seit dem 1. Juni vorigen Jahres konnte man in unsern Tagesblättern lesen, daß der Referent Manz von dem Zentralverband der Bäcker und Konditoren Deutschlands sich mit unsern Gehilfen ins Benehmen gesetzt habe, um eine Lohnbewegung diesen vorzubereiten. Die Lohnforderungen wurden eingereicht, und man wollte am 3. Juni eine Antwort bis zum 8. Juni haben. Ich war zuerst überrascht. Ich habe mich mit dem Ausschuß ins Benehmen gesetzt und dem Manz mitgeteilt, wir wollen untersuchen, was für Mißstände in bezug auf Kost und Logis bei uns herrschen. Wir haben gedacht, die Sache eilt nicht so. Ich habe zuerst dann den Ausschuß des Gehilfenvereins einberufen, die haben mir aber erklärt, daß sie gar nicht anwesend waren, als die Forderungen beschloßen worden sein sollen.“ Also „der“ Manz hat den Bäckergehilfen eine Lohnbewegung „vorgerebet“. Man kann beschließen, in eine Lohnbewegung einzutreten und das auch tun, aber eine Lohnbewegung „vorbereiten“ kann man nicht. Herr Bayer behauptet, am 3. Juni habe „der“ Manz eine Antwort auf den 8. Juni verlangt. Das ist die erste Unwahrheit. Am 2. Juni ging das Schreiben an Herrn Bayer ab und bis 12. Juni verlangte der Verband eine Antwort. Herr Bayer behauptet ferner, der Gehilfenausschuß hätte nichts von der Versammlung gewußt, in der die Forderungen aufgestellt worden sind. Dabei steht fest, und es wurde auch von Herrn Bayer einwandfrei nachgewiesen, daß die entscheidende Gehilfenversammlung von dem Gehilfenausschuß selbst einberufen war und drei Ausschußmitglieder in die Lohnkommission gewählt wurden. Herr Bayer sagt an einer andern Stelle: „Mit unsern Zugeständnissen haben wir die roten Gehilfen — vielleicht sind das acht — anerkannt, damit haben wir auch die Gewerkschaften anerkannt, und es wird nicht ausgeschlossen sein, daß wir ab und zu etwas mit den Herren zu tun bekommen. Ich kann Ihnen nur raten, nach den Erfahrungen, die wir gemacht haben, halten Sie ein gutes Verhältnis mit dem Gehilfenverein und setzen Sie sich mit diesem immerfort ins Benehmen, damit Sie auf dem laufenden sind.“ Herr Bayer und seine Freunde sind stolz auf diese Garbe. Jeder ehrliche Arbeiter dagegen wendet sich mit Ekel ab von solchen Leuten. — Zum Schluß hob der Referent noch hervor, daß Herr Bayer in geschäftiger und wegwerfender Weise von „dem“ Manz gesprochen habe. Damit beweiße Herr Bayer, daß ihm als Obermeister die elementarsten Begriffe des Anstandes fehlen, wenn es gilt, dem Gegner eins auszuwaschen. Man müsse aber auch hier mildernde Umstände walden lassen. — Stürmischer Beifall lohnte den Redner. Es schloß sich eine lebhafteste Diskussion an. Von der Annahme einer Resolution wurde Abstand genommen, weil es sich nicht lohnte, den Ausführungen des Herrn Bayer allzu großes Gewicht beizulegen.

Landeshut i. Schl. Am 30. Juli hielt Kollege Prochaska-Görlich eine öffentliche Bäckerversammlung ab, in welcher er die hiesigen Verhältnisse kritisierte, vor allem die Mängel des Kost- und Logiszwanges. Ferner wurde die Lehrlingszuchterei grell beleuchtet, welche hier noch vorwiegend ist. Es waren auch einige Meister erschienen, jedenfalls in der Hoffnung, die Bepredung von Mißständen zu verhindern, aber unbeirrt um deren Anwesenheit kamen die hier herrschenden Zustände zur Sprache, was manchem der Herren stark in die Nase zu gehen schien. In der Debatte versuchte allerdings Meister Kirchner — welcher heute durch die Arbeit seiner Gesellen und Lehrlinge ein reicher Mann geworden ist — die ganze Sache auf den Kopf zu stellen, er hatte aber damit wenig Glück. Er erzählte, daß er mit M. 150 das Geschäft angefangen habe und nur durch seiner Hände Arbeit so hoch gekommen sei. Ferner, daß ihn niemand bei einem eventuellen Boykott ruinieren könne, da er instande sei, jede Konkurrenz zu schlagen; er würde einfach die Brote so schwer backen, daß die Arbeiter bei ihm kaufen müßten. Weiter behauptete er, sehr wenige Gesellen gehabt zu haben, welche ihn hätten reich machen können. Als ihm daraufhin die Frage vorgelegt wurde, wovon er dann so reich geworden sei, äußerte er in ganz naiver Weise: „Na, durch die Lehrlinge!“ Er hat früher immer vier bis fünf Lehrlinge und auch jetzt noch zwei beschäftigt. Wirklich ein nettes Geschäft! Wir wollen es registrieren, weil es selten so offen abgelegt wird. Wenn aber Herr Kirchner glaubt, die Arbeiterschaft nicht zu brauchen, so müssen wir ihn daran erinnern, daß er auf Jahrmärkten und Festen herumgezogen ist und förmlich nach Arbeitergroßen gejagt hat. Er tut es auch jetzt noch. Kollege Blasche-Bad Salzbrunn wies ebenfalls die Anwesenden darauf hin, daß durch Zusammenschluß große Fortschritte zu erzielen seien. Auch der Arbeiterssekretär Proll gab einige Erregungenschaften der übrigen Gewerkschaften von Landeshut zum besten. Seitens der Kollegen wurde der Wunsch geäußert, der Referent möchte einmal in der Arbeiterschaft sprechen, was dann auch zugesagt wurde. Die Ausführungen des Referenten sind sicher auf guten Boden gefallen und hoffentlich erkennen auch die Landeshuter Kollegen den Wert der Organisation auf der ganzen Linie.

Schmieberg i. Schl. In diesem herrlich, an der Schneelampe gelegenen Städtchen scheint man mehr auf die Umgebung zu achten als auf seine eigenen Interessen. Die Lehrlingszucht steht in großer Blüte; es gibt hier Meister, welche vier Lehrlinge beschäftigen. Die Gesellen scheinen sich unter dem Kost- und Logiszwang noch recht wohl zu fühlen; es wurde sogar die Meinung geäußert: „Ich bleibe lieber beim Meister, wenn ich außer Haus gehe, muß ich zu weit laufen, ufm.“ Kollege Prochaska-Görlich gab ihm den Rat, sich ja in acht zu nehmen, daß er nicht zu viel frische Luft bekomme, sonst könnte sein Körper sich zu wohl fühlen. Auch legte er den Kollegen die Frage vor, wo sie bei einer eventuellen Heirat ihre Frau lassen wollen, wenn sie nicht außer Kost und Logis mögen. Sie konnten keine Auskunft geben. Es gibt also hier noch eine Masse Aufklärungsarbeit, damit endlich auch in diesem Orte moderne Gedanken Platz greifen. Die Löhne lassen natürlich gleichfalls viel zu wünschen übrig, denn für die Arbeitskräfte möchte man am liebsten gar nichts ausgeben. Gibt es doch hier eine Bäckerei, wo sogar die Frau vor dem Ofen steht und das Brot schiebt; sie ersetzt einen Gesellen. Man will so schnell wie möglich recht werden. Hoffentlich gehen aber endlich den Schmieberger Kollegen die Augen auf, damit sie den Weg zur Organisation finden.

Thorn. In der am 24. Juli im Lokale „Zum goldenen Anker“ abgehaltenen Versammlung waren fast alle Verbandsmitglieder erschienen. Es scheint, als wenn die Thornener Kollegen ihr Versprechen, alle Bäckergesellen in unserm Zentralverband zu organisieren, einlösen wollen. Kollege A. Erggo-Danzig behandelte ausführlich das Thema: „Warum müssen sich alle Kollegen organisieren und welche bedeutende Kulturarbeit hat der Zentralverband geleistet?“ Der Vortrag wurde beifällig aufgenommen. In der Diskussion wurden noch einmal die Arbeits- und Lohnverhältnisse in der Thornener Brotfabrik sowie das dort bestehende absolutistische Regime besprochen. Ferner wurde das Gebahren des Bäckergesellen Jaschinski scharf kritisiert. Dieser Mensch hat bis jetzt seine Aufgabe darin erblickt, die Kollegen lügnerisch anzuschwärzen, um sich dadurch nach oben Viehind zu machen. Sein Charakter kommt so recht zum Vorschein, wenn man seine ganze Handlungsweise betrachtet. Bei der letzten Zusammenkunft hat er die Geschäftsleitung sowie auch das Aufsichtspersonal erbarmungslos heruntergemacht. Er behauptete, der Leiter des Betriebes habe keine Ahnung von der Bäckerei und erst recht nicht vom Brotbacken, und der Backmeister, der jeden Menschen beschimpfe, sei in Breslau Blechputzer gewesen und hier wolle er schiamieren. Er solle ihm nur einmal dumm kommen! — Dieser Jaschinski ist im nächsten Augenblick zum Geschäftsleiter hingelaufen und hat ihn gräßlichst angelegen. Einem Teil der dort Beschäftigten wurde darauf gefündigt und Jaschinski übt sein sauberes Gewerbe weiter aus. Dieser Vorfall zeigt, daß die Geschäftsleitung der Thornener Brotfabrik kopflos gehandelt hat. Was wäre denn geschehen, wenn die Verbandsleitung wirklich die Absicht gehabt hätte, mit der Firma in Verbindung zu treten? Etwas mehr Ruhe und Besonnenheit wäre jedenfalls besser gewesen als dieses kopflose Handeln. Den Kollegen von Thorn empfehlen wir aber in ihrem eigenen Interesse, dem J. aus dem Wege zu gehen, aber für die Ausbreitung des Verbandes um so mehr zu sorgen. Das ist die vornehmste Aufgabe jedes Mitgliedes!

Tilsit. Nachdem sich die Bäckergesellen in Tilsit organisiert haben, sind die reaktionären rückständigen Arbeitgeber vollends aus Rand und Band gekommen. Das Scharfmacherum unter der Führung des Bäckervermeisters Behrend sieht jetzt seine vornehmste Aufgabe darin, die Gesellenorganisation zu zertrümmern. Mit allen Mitteln des Terrorismus wird die Mittelermittelung des Zentralverbandes versucht. Als Radikalmittel gilt die sofortige Entlassung und Nichtwiedereinstellung im Innungsbezirk. Jungen Kollegen hat man durch Drohung und Einschüchterung die Verbandslegitimationspapiere abgenommen und bei Bier- und Schnapslagern, wobei auch Zigarren kredenzt wurden, hat man den „gelben Bund“ gegründet, um die Verleumdung des Verbandes besser betreiben zu können. Die neuangestellten Gesellen müssen sich verpflichten, dem gelben Streikbrecherbund beizutreten und in seine Verblöddungsversammlungen zu gehen. Die Bäckervermeistern nehmen den jungen Kollegen das Versprechen ab, niemals den Verband als Mitglied beizutreten; wenn sie es dennoch tun, so werden sie durch den Arbeitsnachweis der Innung gemahregelt. Meister Radtschatt sagte zu seinem Gesellen: „Wenn Sie nicht in den Bund eintreten und jeden Monat zu der gelben Versammlung gehen, so setze ich Sie an die Luft!“ In ihrer Wut vergessen diese Terroristen selbst die bescheidenste Anständigkeit. Sie selber sind in der Innung und im „Germania“-Verbande organisiert, um ihre wirtschaftlichen Vorteile gemeinsam auszunutzen, aber die Gesellen hindern sie mit brutaler Gewalt an der Ausübung des Koalitionsrechtes. Und während hier in den Betrieben noch die allergrößten Mißstände herrschen und die Lehrlingszuchterei geradezu sinnlos getrieben wird, bestellt man sich den Streikbrecherorganisator Wischnowski her, um das Bäckergewerbe in Tilsit zu heben! Hoffentlich werden aber die Bäckergesellen doch erkennen, wo der Gegner ist und nach welcher Seite sie den Kampf in der kommenden Zeit führen müssen. Wenn die Tilsiter Kollegen auf dem Posten sind, so werden nicht nur solche dummen Versuche seitens der Bäckervermeister scheitern, sondern auch deren Gewaltmaßregeln. Unsere Verbandsmitglieder müssen die jüngeren und unerfahrenen Kollegen über ihre wirtschaftliche Lage aufklären, müssen planmäßig agitatorisch wirken und überall neue Kämpfer gewinnen. Auch in dem in der Kultur zurückgebliebenen Osten werden unsere Kollegen zur Vernunft und zum Nachdenken kommen, wenn der Verband erst in den größeren Städten sich behauptet hat. Dann werden unsere Kollegen jeden Versuch der Verdummung und der Verblöddung, der von den Innungen kommt, energisch von sich weisen. Bei der letzten Zusammenkunft hat sogar in Memel ein Teil der Kollegen Zwecke und Ziele des Verbandes begriffen. Kollegen, arbeitet also überall eifrig und unablässig für die Ausbreitung unserer Organisation, weil darin allein unsere Macht und Stärke, unsere Zukunft liegt. Der Erfolg wird nicht ausbleiben!

Fabrikbranche.

Delitzsch. Die in der hiesigen Schokoladenfabrik vor-mals Gebr. Böhme, jetzt Altienengesellschaft, beschäftigten Kollegen halten es für ihre Pflicht, heilungsuchende Konditor-

gehilfen darauf aufmerksam zu machen, daß es in ihrem eigenen Interesse liegt, wenn sie sich vor Annahme eines Engagements nach hier erst bei der Bezirksleitung unseres Verbandes näher nach den Verhältnissen erkundigen. Die in dem Betriebe herrschende Arbeitsmethode und die Behandlung und Bezahlung lassen dies dringend geraten erscheinen. Der geringe Lohn wird zum Beispiel noch durch eine Anzahl künstlicher Feiertage gekürzt und dergleichen mehr. Wer also nach Delitzsch gehen will, erkundige sich unter allen Umständen, eventuell unter Vermittlung seiner derzeitigen Bezirksleitung, auch bei uns; wir sind über jede einzelne Stellung im Betriebe recht gut informiert.

Hannover. Aus der Keks- und Schokoladenbranche. Bei der Firma B. Sprengel scheint das Arbeitsverhältnis für die Arbeiter sich nach und nach zu verschlechtern. Nicht selten ist es, daß die Arbeiter mit einem Verdienst von M. 12 bis M. 16 nach Hause gehen. Ist der Anfangslohn schon ein sehr mäßiger (M. 19 die Woche), so muß es von den Beschäftigten als unerträglich empfunden werden, wenn sie nur halbe Tage arbeiten können, wie es bedauerlicherweise in letzter Zeit sehr viel vorgekommen ist. Hinzu kommt noch, daß mit dieser Verdienstverminderung die Sache noch nicht abgetan ist. Das Strafsystem wird nämlich in einer Art und Weise gehandhabt, die den Beschäftigten das Arbeitsverhältnis direkt unerträglich macht. Es ist vorgekommen, daß Leute eine ganze Woche lang nur halbe Tage beschäftigt wurden und dann noch M. 3 Strafe zahlen sollten! Der enorme Wechsel der Leute müßte der Firma zu denken geben.

Ueber die Firma S. Bahlßen werden bei uns seit einiger Zeit lebhafteste Klagen laut. Verwunderung erregt z. B. das Verlangen der Firma, daß Leute, wenn sie kündigen wollen, ins Kontor gehen sollen, während die Firma durch die Abteilungsleiter kündigen läßt. Die Art, wie man die Arbeitsleistungen des einzelnen zu heben sucht, wird z. B. durch folgenden Fall illustriert: Im Magazin wurde eine Arbeit bisher von drei Mann ausgeführt. Dem wurde einer entlassen und jetzt heißt es: Ihr übrigen bekommt M. 1 mehr, müßt die Arbeit aber mit zwei Personen schaffen. Für den Fall einer Weigerung wurden die Leute auf die Eventualitäten verwiesen. Der Kasernenhofton ist den Meistern sozusagen zur Pflicht gemacht. Schon der Portier schlägt den Leuten gegenüber diesen Ton an. Bei der Ausgabe der Handbücher muß jeder einzelne herein-treten, und dann wird sofort die Tür hinter ihm verschlossen, die erst wieder geöffnet wird, um den nächsten herein-zulassen. Ähnlich wie in den übrigen Fabriken der „füßen Industrie“ müssen auch hier die Leute tageweise ausziehen, so daß sie nicht selten mit einem Verdienst nach Hause gehen, der nicht einmal zum Notdürftigsten reicht. Die Scheuerfrauen bekommen einen Anfangslohn von 23 s die Stunde. Versprochen wurde nach vierteljährlicher Beschäftigung eine Zulage von 1 s die Stunde. Das Vierteljahr war längst ins Land gegangen, die Zulage aber blieb aus, bis die Frauen selbst die Firma sehr energisch daran erinnern. Alles in allem hat die Firma nach dem Streik die Verhältnisse verschlechtert. Der Arbeiterschaft in den Keks- und Schokoladenfabriken mag das eine heilsame Lehre sein. Vielleicht bringt sie ihnen die Ueberzeugung bei, daß, wenn sie sich gegen derartige Ungerechtigkeiten schützen wollen, ihre Organisation zunächst gründlich ausgebaut werden muß, damit diese auch mit den Unternehmern ein ernstes Wort zu reden in die Lage kommen kann. Möglich ist das natürlich nur dadurch, daß alle Arbeiter und Arbeiterinnen sich durch Gewinnung neuer Mitglieder hierbei betätigen.

Zeitz. (Einiges über die Zeitzer Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.) Die Firma F. A. Dehler gewährt ihren Arbeitern und Arbeiterinnen von jetzt ab Ferien, und zwar bei einer Beschäftigungsdauer von über fünf Jahren drei Tage und über zehn Jahre sechs Tage unter Fortzahlung des Lohnes. Militärjahre und andere Unterbrechungen werden nicht angerechnet. Es werden ungefähr 150 Beschäftigte in Frage kommen. Die es betrifft, freuen sich natürlich, daß sie auch den Genuß der Ferien kennen lernen. So mancher von ihnen wird aber doch denken: „Wenn ich nun auch die Mittel dazu hätte, um die Ferien auszunützen!“ Bei den Löhnen von M. 18 bis M. 24 ist es nicht möglich, angesichts der heutigen Leunungsverhältnisse irgendwelche Ersparnisse zu machen. Und es sind hier Arbeiter über zehn Jahre beschäftigt, die noch keine M. 20 wöchentlich verdienen. Anerkennen wollen wir aber, daß die Löhne als Wochenlöhne gelten und also auch Wochenfeiertage bezahlt werden.

Wie schön ist es also, wenn der Arbeiterschaft Ferien bewilligt werden — und wir wünschen, daß noch mehr Betriebe dem Beispiele folgen möchten —; aber wie mißlich, wenn das Geld fehlt, sich während der Freizeit einmal etwas Außergewöhnliches zu gönnen. Man macht ja nicht die Ansprüche, wie sie die Herren Fabrikbesitzer selber stellen, drei bis vier Wochen mit Familie in einem Seebad sich zu tummeln — während im Betriebe fleißige Hände dafür sorgen, daß sich der Profit weiter häuft —, so hoch steht dem Arbeiter der Sinn nicht. Aber für seine tägliche Plage sollte man ihn doch so entlohnen, daß auch er sich einmal eine wirkliche Erholungszeit gönnen kann.

Bei der Firma Dehmer-Weidlich werden die Arbeiter auch mit „Wochenlohn“ eingestellt; er beträgt in den meisten Fällen M. 17 bis 18; wenn jedoch Wochenfeiertage sind, werden sie vom Lohn in Abzug gebracht. Dies haben sich die Arbeiter bis vor kurzem gefallen lassen. Da erklärte aber einer: „Ich bin mit Wochenlohn eingestellt und muß auch die Feiertage bezahlt erhalten!“ Es fiel der Firma aber nicht ein, zu zahlen. Der Arbeiter mußte erst vor dem Gewerbegericht klagen, wo er auch sein Recht erhielt. Dem bösen Beispiel des einen folgten andere, und so mußte die Firma des öfteren vor dem Gewerbegericht erscheinen. Die Kläger hatten es mit ihrer Klage nicht immer so leicht wie der erste. In einem Fall beschwor der Buchhalter, er habe es dem Kläger gesagt, daß die Feiertage nicht bezahlt würden. In einem andern Falle wurde dem Kläger der Eid zugesprochen, daß ihm nichts gesagt worden sei. Um nun der „Schererei“ aus dem Wege zu gehen, sagt die Firma jedem, der in Arbeit tritt: Sie erhalten Stundenlohn, Feiertage und andere Zeitverhältnisse werden nicht bezahlt.

Die Firma versteht es auch auf andere Weise, ihre Arbeiter zu kubern. Da wird der eine oder andere Vorarbeiter, Kolonnenführer, Packer, Oberpacker und was die Firma sonst für Titel auf Lager hat. Die Betroffenen werden dann dem erhaltenen Titel gemäß bezahlt; sie erhalten das horrenden Monatsgehalt von M. 80 bis 90 und haben in den meisten Fällen monatliche Kündigung. Sie dürfen aber nun auch ihre früheren Arbeitskollegen beim Verlassen der Fabrik visitieren. Den meisten wären wohl die Mittel lieber als der Titel. Die Kollegenschaft in diesem Betriebe ist aber an den schlechten Verhältnissen selbst schuld, weil der größte Teil der Organisation immer noch fernsteht.

Bald noch schlechter liegen die Verhältnisse bei der Firma Emmerling (Nudelfabrik). Sie wird hier als Laubenschlag bezeichnet; denn die Beschäftigten, hauptsächlich die Arbeiterinnen, wechseln fortwährend. Wenn jemand dort anfängt, so glaubt er, in einen „Zoo“ geraten zu sein. Herr Emmerling scheint, nach den Rosenamen zu urteilen, die ihm am meisten geläufig sind, einen Sondersprachkursus in einem solchen Institut genommen zu haben.

Auch hier liegt es aber nur an den Beschäftigten selbst, daß solche Mißstände bestehen; würden sie sich organisieren, so brauchten sie sich eine derartige Behandlungsweise nicht gefallen zu lassen. Das Auftreten des Herrn Emmerling ist um so verwerflicher, als er selbst großen Wert auf Arbeiterkundschaft legt — er liefert sehr gern an Konsumgenossenschaften. Sollen diese organisierten Arbeiter erst einmal ein Wort mit ihm reden?

Wiso Kollegen und Kolleginnen! In Euch liegt es, wenn solche Zustände heute noch bestehen! Darum hinein in die Organisation, dann kann auch den Fabrikanten in Zeit gesagt werden: Bis hierher und nicht weiter!

Aus Unternehmerkreisen.

Bäckerei.

Wie die Magdeburger Zwangssinnung das Kleinhandwerk rettet. Infolge des Innungsbeschlusses, nach welchem alle tariffreien Innungsmitglieder in eine tägliche Ordnungsstrafe genommen werden können, erhielten diese Kleinmeister folgende Rechnungen zugestellt:

Bäcker-Zwangssinnung. Magdeburg, 18. Juni 1912.

Herrn..... hier.

Wie wir festgestellt haben, haben Sie an den Händler..... ein Bewilligungsplakat verabsolgt, das daselbst seit dem 20. Mai aushängt.

Auf Grund des Generalversammlungsbeschlusses vom 26. März d. J. wird deshalb gegen Sie die Ihnen angedroht gewesene Ordnungsstrafe für

Table with 2 columns: Period and Amount (M.). Rows include dates from May 20 to June 18, 1912, with amounts ranging from 5 to 360 M.

Zusammen... M. 555

festgesetzt, und werden Sie hierdurch aufgefordert, diese bei Vermeidung zwangswieser Beitreibung bis spätestens den 26. d. Mts. an unsern Kassierer R. Wasserthal, hier, zu zahlen und das Plakat sofort beseitigen zu lassen.

Der Vorstand.

Wilh. Schulze, Obermeister. Friedr. Wald, Schriftführer.

*

Bäcker-Zwangssinnung. Magdeburg, 5. Juli 1912.

Einschreiben.

Herrn..... Bäckermeister.

Sie haben dem Generalversammlungsbeschluss vom 26. März 1912 zuwider einen Tarifvertrag mit dem sozialdemokratischen Bäckerarbeitsverband beziehungsweise mit einem Vertreter desselben abgeschlossen.

Die Uebertretung wird bewiesen durch die Veröffentlichung in der „Volksstimme“ und durch die Weigerung, uns gegenüber Angaben zu machen. Es wird dieserhalb die Ihnen angedroht gewesene Ordnungsstrafe auf Grund der Ziffer 2 des Ihnen zugegangenen Generalversammlungsbeschlusses vom 26. März 1912, und zwar

Table with 2 columns: Period and Amount (M.). Rows include dates from May 14 to June 30, 1912, with amounts ranging from 5 to 600 M.

Summa... M. 935

festgesetzt, und werden Sie hierdurch aufgefordert, diese Ordnungsstrafe bis spätestens den 15. dieses Monats bei Vermeidung zwangswieser Beitreibung an unsern Kassierer Robert Wasserthal, hier, Rutschstr. 6, zu zahlen.

Der Vorstand:

Wilh. Schulze, Obermeister. Friedr. Wald, Schriftführer.

Das sind wertvolle Dokumente als Beweis für den unheimlichen Terrorismus, der in den Zwangssinnungen ausgeübt wird. Wenn die Scharmacher über unsere Bewegung wieder in verleumderischer Weise herfallen, dann weisen man auf Magdeburg hin, wo dort der Innungsvorstand die Kleinmeister zum Bankrott treibt. Solche Leute besitzen dann noch die Stirn, sich als Schützer des Handwerks aufzuspielen. Wie lange noch werden sich die Magdeburger Kleinmeister diesen ungeheuerlichen Terror gefallen lassen?

Ein rabiater Unternehmervöblung. Die „Allgemeine Bäcker- und Konditorzeitung“ in Stuttgart, welche wegen ihrer konfusen Schreibweise wenig Anklang bei den Innungen findet, sucht ihren geistigen Dalles dadurch zu beschönigen, daß sie von Zeit zu Zeit in die tollsten Wutkämpfe gegen die „unerhörte Gewaltherrschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaften“ verfällt. In Nr. 32 wird eine Notiz veröffentlicht als Beweis, daß die „Güter des Anstandes“ sich auch recht fleißig benehmen können. Das Geschreibsel hat folgenden Wortlaut:

„Gewisse Sorten der roten Gewerkschaften werden bei ihren Lohnkämpfen immer tyrannisierender. In geradezu erschreckender Weise bekommen dies die Geschäftsleute zu verspüren. Ohne jede Rücksicht und Gnade wird gegen sie vorgegangen. Besonders sind es auch unsere Bäckerkollegen, die von dieser Schredensgesellschaft heimgesucht

und betroffen werden. Gar mancher, schwer um seine Existenz kämpfende Bäckermeister hat die Rute und das beschimpfliche Joch der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbrüder schon zu fühlen bekommen. Bald wird der Macht-ausdruck geübt durch Erzwingung zur Bewilligung selbst der unberechtigten Lohnforderungen, bald hat man sich der Diktaturherrschaft zu ergeben durch Entlassung der den roten Brüdern unbequemen Mitarbeiter, und endlich ist es das mitleidloseste Boykottverfahren, dem man fortwährend ausgesetzt wird. So wird der Druck, den diese sogenannten freien Gewerkschaften gegen die Geschäftswelt ausüben, immer unerträglich. „Wogel, friß oder stirb!“ heißt es bei diesen Freiheitsmännern und Arbeiterführern. Dieselben werden für den Geschäftsinhaber geradezu gefährdrohend. Wie diese Sorte roter Herrschaften ihren Machtbündel ausübt, zeigt ein Beispiel von den vielen, ein Fall in Stuttgart.“

Dann wird erzählt, daß ein Limonadefabrikant boykottiert wurde, weil er die berechtigten Forderungen der Arbeiter nicht anerkannte. Ja, glauben die Scharmacher, die Arbeiter seien wirklich noch so dumm und werfen den schlimmsten Gewerkschaftsfeinden und Ausbeutern die Groschen ins Haus? Der Arbeiter ist als Konsument gerne gegeben, sobald er aber ein Mitbestimmungsrecht bei der Festsetzung der Lohn- und Arbeitsbedingungen fordert, dann wird von „unerhörter Gewaltherrschaft“ geschwafelt. Und solange sich die Unternehmer von den Schreibern ihrer Fachzeitungen gegen die Gewerkschaften aufputzen lassen, werden die wirtschaftlichen Kämpfe nicht abflauen.

Bäckermeister und Hefeverteiler. Bekanntlich ist es den Hefefabrikanten mit Hilfe der „schlaue“ Innungsführer gelungen, das Hefeschindikat zustande zu bringen. Die bisherigen Hefehändler wurden einfach brotlos gemacht. Nach Einführung der Syndikatshefe haben die Bezugsvereinigungen der Bäckermeister in den einzelnen Orten Hefeverteiler aus ihren Reihen angestellt. Die schlesischen Hefeverteiler wollen sich jetzt eine Organisation schaffen. Jedenfalls werden diese Leute alle Ursache dazu haben, denn wer kennt nicht die in ganz Deutschland als rückständig bekannten schlesischen Bäckermeister. Die neue Organisation paßt den Herren vom Backtroz aber ganz und gar nicht. Man bietet alles auf, um sie nicht erst zustande kommen zu lassen. Die Glogauer Bezugsvereinigung erläßt sogar eine Bekanntmachung, worin sie sich die Agitation unter ihren Verteilern verbietet. (1) Der Liegnitzer Obermeister erklärte kürzlich auf einem Obermeisterstage, er habe „seinem“ Verteiler verboten, an einer derartigen Versammlung teilzunehmen. Wie nicht anders zu erwarten, erklärte sich auch der Breslauer Obermeister Pruzog gegen eine Organisation der Hefeverteiler. Da die Hefeverteiler mit wenigen Ausnahmen Mitglieder der Innungen sind, fühlen sie nun am eigenen Leibe, was es heißt, eine Organisation ohne die Zustimmung der Bäckermeister zu gründen. Während diese Branden des Bäckergewerbes ständig in den schärfsten Tonarten für ihren Schutzverband agitieren, wollen sie ihren Angestellten das Koalitionsrecht rauben. Das ist die Schule der Breslauer Popfbrüder.

Konditoren.

Die Eigenproduktion von Waffeln wollen die selbstständigen Konditoren in die Hand nehmen, wie auf dem achten Verbandstage des westdeutschen Verbandes in Duisburg die Herren gelegentlich bekannt gaben. Die Westdeutschen, besonders die Elberfelder, bilden sich ein großes Stück darauf ein, daß sie Eisgenossenschaften zustande brachten, durch welche sie die Herstellung und den Verkauf von Speiseeis auf der Straße organisiert haben. Ein auf dem Verbandstage anwesender belgischer Berufsgenosse wunderte sich aber, daß man noch nicht weiter gegangen wäre und die Errichtung einer Schokoladenfabrik zu Wege gebracht hätte. In Belgien habe man schon so etwas. Und da verkündete Herr Bienemann-Düffeldorf, daß man dort der Gründung einer Waffelfabrik bereits näher getreten sei und in wenigen Stunden M. 55 000 gezeichnet worden wären. Die Herren Fabrikanten sind wohl kaum sehr erbauet davon, daß der Genossenschaftsgedanke bei unsern Konditormeistern mit einem Male solche großen Reizstoffe zeitigt und werden wohl nicht verfehlen, dringende Warnungen vor solchen Gründungen ergehen zu lassen. Das könnte ja sonst auch einen recht lustigen Krieg geben und es könnte vielleicht in der Tat so kommen, daß der reinen Konditorei noch der Rest des Waffel-, Schokolade- usw. Geschäftes megesturriert würde.

Aus gegnerischen Organisationen.

Die Sonntagsruhe und die Gelben im Ministerium für Handel und Gewerbe. Die letzte Nummer des gelben Blättchens veröffentlicht einen Bericht von einer Konferenz der Bundesleitung mit Vertretern des preussischen Handelsministeriums betreffs der gesetzlichen Regelung der Sonntagsruhe in den Bäckereien. Wir wollen auf die näheren Umstände, welche zu dieser Unterredung Veranlassung gaben, nicht näher eingehen; es ist uns doch allen bekannt, daß die Gelben mit den Unternehmerführern in Berlin mit allen Mitteln bestrebt sind, den blauen Montag gesetzlich zur Durchführung zu bringen. Daß wir bei dem Humburg nicht mitmachen, ist selbstverständlich. Durch die von den Gelben beantragte „Sonntagsruhe“ würde nicht nur keine Arbeitszeitverkürzung eintreten, sondern — was ja das Gemeingefährlichste dieser Aktion ist — eine bedeutende Verschlechterung der durch unsere Organisation errungenen Position erfolgen. Daher bekämpfen wir eine solche Regelung der Sonntagsruhe.

Aus der Konferenz ist weiter nichts herausgekommen, als die von dem Regierungsvorteiler wiederholt abgegebene Versicherung: Er will alle gelben Wünsche dem Minister vortragen und sein möglichstes tun; aber eine Erklärung abzugeben, wie sich der Minister dazu stellen wird, war er nicht in der Lage. Die Abfuhr der Gelben kam aber noch deutlicher zur Erscheinung, als auf die Frage, wie sich die Regierung zu einer Aenderung der Gewerbeordnung stellen würde, vom Oberregierungsrat die Antwort erfolgte: „Nach meinem Dafürhalten

werden bei der augenblicklichen Lage die in Frage kommenden Instanzen sich kaum zu einer Aenderung verstehen können.“ Von Interesse ist noch, wie sich die Gelben die Regelung der Sonntagsruhe vorstellen. Und da erfahren wir: Wenn die Arbeit am Montag morgen um 5 Uhr beginnen darf, dann kann um 6½ Uhr soviel wie notwendig frische Ware fertiggestellt sein, daß alle Frühstückskunden von dieser Zeit an befriedigt werden. Dem Oberregierungsrat wollte es nicht einleuchten, daß nach Ansicht der Gelben nun mit einem Male diese Ware in anderthalb Stunden hergestellt sein würde, wo jetzt die ganze oder halbe Nacht daran gearbeitet werden muß.

Der gelbe Präsident rückte zum Schluß noch mit der Anregung heraus, ob es nicht möglich wäre, statt 14 Stunden 22 Stunden ununterbrochene Ruhezeit am Sonntag festzulegen. So sieht also bei Licht die gelbe Sonntagsruhe aus. Es sollte eine Verlängerung der Sonntagsruhe um acht Stunden eintreten, und damit glaubt man im meistertreuen Lager, daß die Gehilfenschaft allseitig zufrieden sein wird. Der lachende Teil würde bei einer solchen Regelung nur das Unternehmertum sein und die Kollegen gingen mit leeren Händen aus. Sie würden schmöhe um die sechstägige Arbeitswoche geprellt werden und würden nach wie vor die gleiche Stundenzahl in der Woche fronden müssen. Bei der gesetzlichen Einführung des blauen Montags würde eintreten, daß an den Sonnabenden die Arbeitszeit mindestens auf 16 Stunden ausgedehnt werden dürfte. Die Schlussbilanz gestaltet sich dann folgendermaßen: Es würde durch die gesetzliche Einführung des blauen Montags eine effektive Arbeitszeitverkürzung pro Woche um vier Stunden eintreten; die Bäckermeister würden dadurch nicht im geringsten belastet, weil die Gesellen die ganzen Lasten auf ihre Schultern nehmen müßten. In der Öffentlichkeit aber würden die Unternehmer um so mehr schreien, weil manes Herz sie für die Arbeiter haben, und in allen Tönen ihr soziales Pflichtbewußtsein marktchreierisch zur Schau tragen. Wir haben also nichts übrig für ein solches Danaergeschenk. Wir werden nach wie vor unsere Forderung: gesetzliche Einführung eines wöchentlichen sechsunddreißigtündigen Ruhetages, vertreten, und solange die Regierung uns damit abweist, werden wir mit Hilfe der Organisation uns die sechstägige Arbeitswoche erkämpfen.

Wir begreifen, daß die Unternehmer, besonders in den Städten, wo ihre brutale Gewalt an dem Massenbewußtsein der Kollegenschaft abprallt, alles aufbieten, um die Gelben vor ihren Wagen zu spannen. Und sicher ist die Aussprache der Bundesführer mit Regierungsvorstretern im Einverständnis der Unternehmerorganisation geschehen. Sie wollen unter allen Umständen sich bei den kommenden großen Kämpfen sichern, und zu diesem Zweck soll die Regierung sobald wie möglich den Gesellen einen Knochen zum Abnagen hinwerfen, damit der Ruf nach einem wöchentlichen Ruhetag verstummt. Die Unternehmer mit ihren Lieblingen werden aber dabei nicht auf ihre Rechnung kommen, weil die Kollegenschaft bereits das Spiel durchschaut hat. Sicher werden nun die Gelben mit der Konferenz bei den Kollegen im Lande kreben geben. Es heißt für unsere Mitglieder und alle, die für die gesetzliche Regelung der sechstägigen Arbeitswoche sind, nun erst recht unter der Allgemeinheit aufklärend zu wirken. Das Treiben der gelben Meisterlieblinge muß unter allen Umständen in der mündlichen und schriftlichen Agitation gewürdigt werden, und wir haben die Pflicht, auf die Schädlichkeit einer solchen Regelung der Sonntagsruhe für die Allgemeinheit zu verweisen.

Für den wöchentlichen sechsunddreißigtündigen Ruhetag und gegen die gelbe Forderung der Sonntagsruhe ist unsere Lösung!

Feigheit ist die erste Tugend der Gelben. Die Halleischen Bäckermeister können sich immer noch nicht beruhigen, daß die Bäckergesellen durch einen Streit zeigten, sie sind mit den bestehenden mißlichen Verhältnissen in den großartigen „Schlaffalons“ unter den Dachluden nicht mehr zufrieden und wollen von den Fleischtöpfen der Meisterinnen nichts mehr wissen, sondern sich selbst befähigen und über ihren Lohn verfügen.

Als Retter in der Not mußte Wischnöbski dienen und über den Streit referieren. Schon die Einladungen zeigten, daß man etwas besonderes im Schilde führte; denn es stand in Fettdruck darauf, „Konsumbäcker haben keinen Zutritt“. Die Versammlung belehrte uns aber noch eines andern. Kollege Friedrich ging mit den andern Mitgliedern zu der Versammlung in dem Glauben, daß Wischnöbski und seine Hintermänner es nicht wagen würden, einen Teil der Bäckergesellen auszuschließen, wenn über eine allgemeine Frage, wie der Bäckerstreit, gesprochen werden sollte. Als Friedrich das Lokal betrat, erschien auch schon der Kellner mit dem Auftrage, ihn aus dem Lokal zu verweisen. Weil aber nur die Versammlungsleitung, die den Saal mietete, das Recht hat, jemand aus dem Saale zu weisen, so folgten unsere Kollegen dieser Aufforderung nicht. Nun erschienen Wischnöbski mit dem zweiten Obermeister und richtete an Friedrich dieselbe Aufforderung, mit der Begründung, daß er in allen Räumen des Innungshauses das Hausrecht habe und bei Nichtbefolgung die Polizei zur Hilfe rufen werde. Friedrich ging darauf aus dem Lokal und wartete bis die Versammlung eröffnet war, um dann diese darüber entscheiden zu lassen. Da kam man aber an die richtige Adresse. Feige, wie die gelben Mustermenschen nun einmal sind, bewiesen sie ihn wiederum aus dem Lokal. Bezeichnend ist es, daß Wischnöbski gleich einleitend in seinem Speech erklärte, er wolle mit Friedrich nicht mehr diskutieren, da selbiger vor ihm in Jlnenau das Hasenpanier ergriffen habe. Der „Wahrheitsliebende“ weiß ganz genau, daß Friedrich-Halle mit ihm nie in Jlnenau zusammen gewesen ist. Wir konnten ihm nachfühlen, daß er sich jetzt nicht in die Suppe spuden lassen wollte, denn er hatte doch von dem Treffen in Jena im Jahre 1911 genug, wo er so gründlich operiert und den Verband totgeredet hat, daß kurz nach der Versammlung seine Ortsgruppe aufgelogen war. Sein weiteres Referat waren die üblichen alten Ladehüter und verlohnt es sich wahrlich nicht, auf dieselben einzugehen. Von den Kollegen Wolf und Böhme wurde er dann gründlich genug abgefertigt, so daß er froh war, wie er den

Gallenjer Staub wieder von seinen Füßen schütteln konnte. Eins haben die einsichtigen Kollegen von Halle durch diese Versammlung gelernt, nämlich, wie man die Oeffentlichkeit und die jungen Kollegen betört, wie man seine Gegner mit den charakterlosesten Mitteln — ein solches ist die Freigebigkeit für einen Menschen, der öffentlich auftreten will — mundtot zu machen sucht.

Wischnöbski kann sich ruhig hinter die Ohren schreiben, daß die hallischen Kollegen wie vor vier Jahren wieder darauf dringen werden, daß er sich seinen Gegnern stellt, und geschenkt wird ihm dann auch nichts. Für die Verbandskollegen in Halle muß es nun erst recht heißen, alles aufzubieten, um die Organisation zu stärken, damit solche Vorgänge in Zukunft gar nicht mehr möglich sind.

Krise bei den Gelben in Hamburg. Zu unserer unter dieser Ueberschrift in Nr. 33 erschienenen Notiz schickt uns Bremjer, Hamburg, eine „Berichtigung“. Um zu zeigen, wie Meistertreue berichtigen können, bringen wir das Schreiben zum Abdruck:

1. Es ist unwar, daß ich in der außerordentlichen Generalversammlung am 16. Juli als Vorsitzender unserer Ortsgruppe „abgejagt“ worden bin.

2. Es ist unwar, daß ich den Antrag gestellt habe, an der Abstimmung sollten auch die anwesenden Nichtbäder teilnehmen, und dann, weil ich mit meinen Anhängern in der Minderheit geblieben bin, die Versammlung geschlossen habe.

Wahr ist, daß ein entsprechender Antrag von mir überhaupt nicht gestellt worden ist; ferner, daß ich und meine Freunde die Majorität in der Versammlung hatten, und daß ich diese lediglich deshalb geschlossen habe, weil die Minorität und der mitanwesende schon früher ausgeschlossene Wendeler die Verhandlungen störten.

Wahr ist, daß die nach Schluß der Generalversammlung zurückbleibenden sechs Personen den Beschluß faßten, mich abzusetzen, daß diese aber in unserer Generalversammlung am 30. Juli sämtlich ausgeschlossen worden sind und ich noch immer Vorsitzender der Ortsgruppe bin.

Bruno Bremjer,

Vorsitzender des Bäder- und Konditorengehilfsvereins „Germania“ von Hamburg, Altona und Wandsbef.

In seinem Eifer berichtet Bremjer etwas, was von uns nicht veröffentlicht wurde. Es heißt in unserer Notiz nicht, daß er den Antrag gestellt habe, an der Abstimmung sollten auch die anwesenden Nichtbäder teilnehmen, sondern es heißt dort: „B. verlangt usw.“ Das wird auch in der Berichtigung nicht abgeleugnet. Ferner wird es als unwar bezeichnet, daß B. als Vorsitzender abgejagt wurde. In der gelben Zeitung können wir in Nr. 15 auf Seite 345 folgendes lesen: „Der zweite Vorstand, Kollege Wefendahl, führte dieselbe (Versammlung) sofort weiter und Kollege Bremjer verließ mit fünf Mann das Zimmer; 20 Kollegen blieben zurück. . . . Hierauf stellte Kollege Weher die Frage: „Können wir den Kollegen Bremjer nach den Vorgängen der letzten Monate und der heutigen Versammlung noch ferner als Vorsitzenden anerkennen? und beantwortete sie nach kurzer Begründung mit einem glatten Nein und beantragte Abstimmung. Die nach kurzer Debatte vorgenommene Abstimmung ergab mit 18 gegen 2 Stimmen die Verneinung.“

Aus der Berichtigung erfahren wir, daß Wendeler schon früher einmal ausgeschlossen war, in einer Versammlung am 30. Juli mit seinen Anhängern nochmals ausgeschlossen wurde und Bremjer wieder als Vorsitzender eingesetzt ist. Bei den Gelben muß es außerordentlich lustig zugehen, wenn einmal die Wendeler-, dann die Bremjergruppe als Sieger aus dem Kampfe „Und willst Du nicht mein Bruder sein . . .“ hervorgeht.

Die Tarifbewegung in Nürnberg und die „Christlichen“. Unsere in Nr. 28 erschienene Notiz: „Christliche Lügen während der Lohnbewegung in Nürnberg“ hat die „Solidarität“ veranlaßt, nach vier Wochen darauf zu erwidern. Der zweite Schrieb ist ebenso dumm wie plump wie die erste in der schwarzen Nürnberger Presse veröffentlichte Verleumdung. Diesmal verlangt der christliche Zeilenschriftsteller: Unsere Kollegen erwarten, daß ihnen der Wortlaut des Tarifes recht bald bekannt wird, damit sie wissen, was sie zu tun und zu lassen haben. Würde der Berichterstatter unsere Zeitung mit demselben Eifer verfolgen, wie er bestrebt ist, Unwahrheiten über unsere Organisation in die „Volkszeitung“ zu setzen, dann hätte er schon längst den mit der „Bavaria“-Znning vereinbarten Tarif in unserer Zeitung lesen können. So aber wird in blinder Wut um sich geschlagen, aus Aerger, weil die „Christlichen“ beim Tarifabschluß ausgeschaltet wurden. An einer andern Stelle können wir in der „Solidarität“ anlässlich einer Kontroverse mit den katholischen Fachabteilern lesen:

„Damit wird bestätigt, was wir immer gesagt haben. Ein unfugbarer Eitel erfährt einen ob dieser widerlichen Gesellschaft. Zuerst Verleumdungen und giftigen Haß austreuen und dann kniend den bischöflichen Segen empfangen.“

Diese Beurteilung trifft Wort für Wort auf manchen christlichen Berichterstatter zu.

Internationales.

Der Kampf der Bäckereiarbeiter in Schweden tobt immer noch ungebrochen weiter. Die Arbeitgeber haben neuerdings der Arbeiterorganisation den Vorschlag unterbreitet, die Arbeit unter der Bedingung wieder aufzunehmen, daß die Streikbrecher in den Stellungen, die sie momentan innehaben, belassen werden sollen. Dieser Vorschlag wurde von den ausgesperrten Kollegen einstimmig verworfen und führen dieselben den Kampf mit größter Erbitterung weiter.

Die deutschen Bäckermeistersöhne, welche man als Streikbrecher geholt hat und die vorgeben, in Unkenntnis der Verhältnisse nach Schweden gelockt zu sein — denn man habe sie nur während der olympischen Festspiele in Stockholm zur Arbeit angenommen, sobald die Festspiele beendet, würden sie abreisen — blieben auch weiter als Streikbrecher in ihren Stellungen

als die Festspiele beendet waren. Diese Leute sind die gewohnheitsmäßigen Streikbrecher bei Streiks im eigenen Lande wie auch im Auslande. Ob aber die schwedischen Bäckermeister besondere Freude an ihnen erleben, das ist eine andere Frage! — **Der Zuzug nach Schweden ist auch weiter streng fernzuhalten.**

Das Resultat der Urabstimmung der amerikanischen Organisation.

Ueber die Streitigkeiten, die nach dem Verbandstag in der Organisation einrissen, haben wir bereits berichtet. Wir rekapitulieren nochmals: Es handelt sich darum, daß in verschiedenen Unions gegen die Verbandstagsbeschlüsse, wonach ein weiterer Sekretär angestellt wurde und für die Angestellten eine Gehaltszulage erfolgte, Protest erhoben und eine Urabstimmung verlangt wurde. Das Resultat dieses Referendums liegt nun vor. Von den abgegebenen 9280 Stimmen lauteten 4865 mit Ja, also daß die Beschlüsse aufgehoben wurden, und 4799 mit Nein, daß die Verbandstagsbeschlüsse zu Recht bestehen bleiben. Die amerikanische Bäckerzeitung bemerkt zu der Urabstimmung in einem Artikel mit der Ueberschrift „Die bessere Erkenntnis“: „Das Resultat der Urabstimmung ist jetzt bekannt und es bedeutet, daß die von der letzten Konvention gefaßten Beschlüsse bestehen bleiben, daß dem Verbands die nötigen Hilfskräfte gegeben werden, daß fernerhin Arbeit verrichtet werden kann, um die Organisation machtvoller zu gestalten. Nichts ist einer Organisation schädlicher als der innere Zwist, als Uneinigkeit und Unzufriedenheit unter den Mitgliedern. Eine Organisation, die darunter zu leiten hat, kann sich nicht kräftig entwickeln, sie kann keine erfolgreichen Kämpfe führen und die einheitliche Aktion seitens der Mitglieder mangelt ihr. Es beschwören solche Zerwürfnisse innerhalb der Organisation ernste Krisen herauf und manche Organisation ist schon daran zugrunde gegangen zum Schaden ihrer Mitglieder und zum Nutzen der Arbeitgeber.“ Die amerikanische Organisation ist durch diesen unerquicklichen Streit in manchen großen Aufgaben gehindert worden. Hoffentlich sind nun alle Mitglieder bestrebt, das Versäumte mit aller Energie einzuholen.

Sozialpolitisches.

Das Interesse an Innungsfrankentassen. Wie wichtig eine Verschmelzung der kleinen Krankentassen zu größeren, leistungsfähigen Organisationen für die Versicherten ist, wurde in letzter Nummer ausführlich behandelt. Vor allen Leiden die Kollegen in den Bädereien aber besonders unter den schlimmen und dürtigen Verhältnissen der meisten Innungsfrankentassen, und deshalb sind unsere Mitglieder verpflichtet, die wenigen Rechte, die ihnen in einer solchen Kasse zustehen, um so gründlicher auszunutzen und ihren bescheidenen Einfluß in den Verwaltungen geltend zu machen. Wenn irgend möglich, hat sich natürlich die Kollegenchaft der Neuerrichtung einer Innungsfrankentasse mit aller Schärfe zu widersetzen. Grefreulicherweise geschieht dies auch; in Bremen zum Beispiel ist man, wie von dort berichtet wurde, durchaus nicht gewillt, die Pläne der Innungsleitung ruhig ausreifen zu lassen, die darauf hinausgehen, an Stelle einer auf dem Aussterbeetat stehenden Bruderschaftskasse eine Innungsfrankentasse zu errichten. Ist doch von den Vertretern der Arbeiterschaft bei der Reform der Arbeiterversicherung mit Recht die Zentralisation der Krankenversicherung als eine der Grundbedingungen einer wirklich wirksamen Reform gefordert worden, und wenn die Reichsversicherungsordnung, neben ihrer reaktionären Tendenz der Verschlechterung des Selbstverwaltungsbereichs, auch nach versicherungstechnischer Richtung eine Halbheit geblieben ist, so trägt die mangelnde Initiative der Regierung dafür die Verantwortung. Aber diese mangelnde Initiative wurzelt bekanntlich in dem politischen Interesse, das die Regierung für die Aufrechterhaltung gewisser Sonderfrankentassen hegte. Das gilt auch in bezug auf die Innungsfrankentassen. „Das Innungsweien zu fördern“, nicht den Versicherten zu dienen, war die Aufgabe, die man diesen Kassen an die Wiege gestellt hatte, und die Innungsmeister ließen es sich angelegen sein, diesen neuen Gemisch für die wirtschaftliche Selbstständigkeit der bei ihnen beschäftigten Gesellen nach Kräften im eigenen Interesse auszunutzen. Sie gründeten Innungsfrankentassen, wo sich nur die Möglichkeit bot. Und siehe da, diese Vermehrung der Innungsfrankentassen bot wiederum der Reichsregierung willkommenen Stoff, die „Notwendigkeit“ der Aufrechterhaltung der Innungsfrankentassen in dem Entwurf der Reichsversicherungsordnung überzeugend darzutun:

„Eine ganz entgegengesetzte Entwicklung (als die Baufrankentassen. Red.), heißt es da, haben die Innungsfrankentassen genommen. Ihre Zahl ist von 224 im Jahre 1885 auf 761 im Jahre 1907 gewachsen. Sie haben damit eine Zunahme erfahren, deren sich keine der übrigen Kassenarten auch nur annähernd in ähnlichem Grade zu erfreuen hat. Dieser Umstand allein dürfte dartun, daß es sich hier nicht etwa um eine überlebte, sondern um eine solche Einrichtung handelt, für welche die beteiligten Kreise ein lebhaftes Bedürfnis empfinden.“

Mit weiser Vorsicht hat es die Regierung unterlassen, etwa näheres über die Art dieser zu ihrer Freude so vermehrten Kassen anzugeben; sie hätte sonst beschämt gestehen müssen, daß es durchweg um die kleinsten und leistungsunfähigsten Kassen unter den rund 24 000 Krankentassen des Reiches sich handelt. Und das lebhafteste Bedürfnis für diese Einrichtung etwa bei den bei Innungsmeistern beschäftigten, doch am meisten beteiligten Versicherten zu suchen, wäre natürlich grundfalsch. Die Innungen selbst sind es lediglich, die dieser fürsorglichen Einrichtung nicht entbehren zu können glauben, und der zu erwartende Widerstand der Handwerkerkreise, den die etwaige Abfindung einer Aufhebung dieser Kassenart finden würde, hat der Regierung weit mehr Respekt einzufößen vermocht, als ihr das Interesse der Versicherten am Herzen gelegen hätte. Die Beseitigung der Kassen konnte daher nach der ausgesprochenen Ansicht der Regierung nur in Frage kommen, wenn

„versicherungstechnische Gründe zwingender Art sie forderten“. Solche aber sah die Regierung einfach nicht!

Was verschlug es, daß sie in ihrem Entwurf selbst zugeben mußte, daß das „Verhältnis dessen, was die Kassenmitglieder an Krankenunterstützungen empfangen, zu dem, was sie der Kasse an Beiträgen usw. zu leisten haben“, freilich bei weitem nicht so günstig liege wie bei den Betriebsfrankentassen! Dem Verhältnis bei den Ortsfrankentassen kommt das nach ihrer Berechnung sehr nahe, und so besteht kein Grund, die eine Organisation „gegen den Wunsch der Beteiligten“ durch die andere zu ersetzen!

Es ist bemerkenswert, mit welcher Hartnäckigkeit die um den Ruhm ihrer Sozialgesetzgebung nach außen sehr besorgte Reichsregierung daran festhält, „die Beteiligten“ bei Innungsfrankentassen, deren Wünsche zu respektieren sie so als heilige Pflicht ansieht, nur in dem Arbeitgeberteil zu ersehen. Denn nur von dieser Seite kann das Sehnen nach Erhaltung der Innungsfrankentassen ausgegangen sein und ausgehen.

Das Interesse der Versicherten liegt auf entgegengesetztem Gebiete. Sie wissen (was freilich eine Reichsregierung nicht zu wissen braucht), daß unter den gesamten, rühmlichst hervorgehobenen Innungsfrankentassen kaum eine zu entdecken sein wird, die über die durch das Krankenversicherungsgesetz gegebenen minimalsten Leistungen irgendwie nennenswert hinausgegangen ist. Sie wissen auch, daß in den Vorständen und Generalversammlungen der Innungsfrankentassen dem Verwaltungsrecht der Versicherten zumeist nur ein bescheidenes Plätzchen eingeräumt ist und daß im Gegenteil die Innungsmeister es verstanden haben, die gesetzlichen Möglichkeiten, die ihnen zur Erlangung des ausschlaggebenden Einflusses in der Verwaltung gegeben sind, auch voll auszunutzen.

Der von wenig sozialem Wohlwollen zeugende Plan der Bremer Bäderinnungen hat, wie gesagt, die dortigen Gesellen auf den Plan gebracht. Mehrfach haben sie in der letzten Zeit in Versammlungen den liebevollen Plan der Bäderinnungen unter die Lupe genommen und die gewiß berechtigte Forderung erhoben, über die beste Wahrnehmung ihrer Krankenversicherungsinteressen sie selbst entscheiden zu lassen. Die Innungen haben inzwischen ihre Absichten zu bestimmteren Beschlüssen verdichtet, die ihnen obliegende Errichtung eines Nebenstatuts erscheint in die Wege geleitet.

So auffällig diese große Vorliebe der Innungen für die Kassengründung ist, so begreiflich ist sie auch. Die Herren Innungsmeister wollen „praktische Arbeit“ leisten. An die Stelle des Gesetzes über die angebliche harte Belastung durch die wenigen Pfennige Versicherungsbeiträge für ihre Gehilfen wollen sie die Tat setzen: in der Innungskasse dafür zu sorgen, daß die Leistungen, die gesetzlich vorgeschriebenen Minimalleistungen um alles in der Welt nicht überschreiten, um so die Beiträge zur Krankenversicherung wenigstens hübsch niedrig halten zu können. Zwar schon das heutige Krankenversicherungsgesetz läßt der Ausdehnung der Leistungen durch das Kasstatut Raum, zweifellos weil der Gesetzgeber von der Erkenntnis ausging, daß, wenn nicht überall, so doch in vielen Fällen, besonders in größeren Orten und bei mehr gesundheits-schädigender Arbeitsweise eine solche Ausdehnung sich als notwendig erweisen müsse. So kann das Krankengeld von der Hälfte des Durchschnittslohnes auf drei Viertel erhöht, von 26 auf 52 Wochen ausgedehnt, die Angehörigenunterstützung im Falle der Krankenhauspfllege des Versicherten, das Sterbegeld in Höhe bis 40 pSt. des Durchschnittslohnes und im Minimalbetrage von M 50 festgesetzt und auch den Familienangehörigen ebenso wie freie Krankenpfllege (Arzt und Medizin) gewährt, endlich die Schwangerschaftsunterstützung eingeführt werden. Die Reichsversicherungsordnung hat diese Möglichkeiten der erhöhten Leistungen besonders in der Richtung der Unterstützung von Wöchnerinnen (Gebammendienste, Stillgeld) noch ausgedehnt. Eine wirklich segensreiche Wirksamkeit der Krankentasse, eine Bekämpfung namentlich der ungeheuerlichen Säuglingssterblichkeit in Deutschland kann nur durch diese Ausdehnung der Leistungen seitens der Kasse ermöglicht und erreicht werden, und muß von jeder vernünftigen Kassenverwaltung angestrebt werden, nachdem sich Regierung und Reichstagsmehrheit zu einer ernsthaften Bekämpfung der erregten betäubenden Erscheinung durch gesetzliche Festlegung entsprechender Leistungen nicht haben aufschwingen können.

Aber was wird das alles die Innung kümmern? Ihr Ziel liegt auf einem andern Brett, und es zu erreichen, ist sie eifrig bestrebt.

Nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen ist sie aber gehalten, bei der Beratung des Nebenstatuts (Satzungen der Kasse) durch die Innungsversammlung nicht nur den Gesellenausschuß vollzählig heranzuziehen, sondern auch den gefaßten Beschluß dem Gesellenausschuß nochmals zu dessen Zustimmung vorzulegen. Wird die Zustimmung verweigert, so kann sie allerdings durch die Aufsichtsbehörde ergänzt werden.

Auf die Stellungnahme der Aufsichtsbehörde wird es also letzten Endes ankommen, sofern die Gesellenausschüsse, wie wohl erwartet werden kann, gegen die zugegebene Bevormundung sich auflehnen. Die Aufsichtsbehörde wird nicht umhin können, bei ihrer Entscheidung ihren Blick auch auf die Neugehaltung der Dinge nach Inkrafttreten der Reichsversicherungsordnung zu richten. Für die spätere Begründung von Innungsfrankentassen ist von der Festlegung einer Mindestmitgliederzahl (wie sie für Betriebs- und besonders für Ortsfrankentassen erfolgt ist) abgesehen worden, wie die Regierung in den Motiven ausdrücklich sagt, „unter der Voraussetzung, daß die für die Weiterzulassung oder künftige Neuzulassung solcher Kassen zuständige Behörde ihre Entscheidung vom Vorhandensein einer Mitgliederzahl abhängig machen wird, welche die ausreichende und dauernde Leistungsfähigkeit sicher gewährleistet.“ Die zuständige Behörde im Sinne der Reichsversicherungsordnung ist aber nicht die Aufsichtsbehörde, die bei Anträgen auf Zulassung nur gehört werden muß, sondern das Oberversicherungsamt. Dieser neuen Behördenstelle heute noch mit Zulassung neu zu begründender Innungsfrankentassen vorzugreifen, dürfte auch der Aufsichtsbehörde wohl unzulässig erscheinen. Will sie trotzdem entscheiden, so wird sie bei einigermaßen großzügiger Auffassung der sozialpolitischen Erfordernisse nach der Neugehaltung der Krankenversicherung sagen müssen, daß

die relativ kleine Mitgliederzahl, die eine Bäckerinnungs-
krankenkasse aufzuweisen haben wird, eine „ausreichende
und dauernde Leistungsfähigkeit“ dieser Kasse nicht ge-
währleistet. Man darf der Entscheidung der Aufsichts-
behörde in dieser für die Kollegenschaft wichtigen Frage
also mit Spannung entgegensehen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Mit den vorliegenden Berichten im Monat Juni kann
man eine allgemeine Uebersicht der Vorgänge im Wirt-
schaftsleben des ersten Halbjahres gegeben werden. Die
Angaben über die Lage des Arbeitsmarktes wider-
sprechen sich wie in den vorhergehenden Monaten. Nach
den Berichten der Krankenkassen hat der Beschäftigungs-
grad eine wesentliche Abnahme gegenüber dem Vormonat
erfahren. Die versicherungspflichtigen Mitglieder ver-
zeichnen eine Abnahme von 25 387, davon 22 255 weib-
lichen Mitgliedern. Nach diesen Angaben ist gegenüber
dem Jahresbeginn der Beschäftigungsgrad, wenn man den
Bestand am 1. Januar 1912 gleich 100 setzt, bei den Ar-
beitern auf 107, bei den Arbeiterinnen auf 102 gestiegen.
Im gleichen Monat des Vorjahres betrug er 109 beziehungs-
weise 102. Von 51 Fachverbänden dagegen wird berichtet,
daß von 2 113 855 Mitgliedern am Ende des Monats
7 pZt. arbeitslos waren. Gegen den Mai mit 1,9 pZt.
Arbeitslosen ist eine kleine Besserung eingetreten.

Von den Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher
Eisenbahnen konnte seit Monaten eine ständige Steigerung
berichtet werden. Im Berichtsmontat dagegen ist ein Rück-
gang von M 6 363 676 eingetreten. Gegen den gleichen
Monat des Vorjahres ist immerhin noch eine Steigerung
von M 13 726 145 aufzuweisen und wird bei Beurteilung
des Ergebnisses das Pfingstfest, das im Vorjahr in den
Juni fiel, in Betracht gezogen. Der Wert an Einfuhr im
einen Warenverkehr des Spezialehandels betrug 799 261
Millionen Mark und der Ausfuhrwert 682 867 Millionen
Mark.

Ueber die Geschäftslage der unserm Agitationsgebiet
angehörigen Branchen wird aus Berlin berichtet, daß in
der Kakao- und Schokoladenindustrie eine Besserung gegen
den Vormonat eingetreten ist.

Auf dem Geldmarkt bestehen nun Aussichten zur
Erleichterung, die besonders von Handel und Gewerbe
ausgenutzt werden. Die Unternehmungslust wird mächtig
angeregt. Die aufgewendeten Beträge für Neuinvestitionen
stiegen von 116,77 Millionen Mark im Mai auf
138,69 Millionen Mark im Juni. Die Finanzspruchnahme
der Reichsbank stieg von 420 auf 456,7 Millionen Mark.
Nach einer Zusammenstellung betrug die Summe der Neu-
investitionen des ersten Halbjahres in Handel und In-
dustrie M 820,04 Millionen Mark, davon in Aktiengesell-
schaften 591,35 Millionen Mark. Hier ist der Kapital-
bedarf um 200 Millionen Mark gestiegen.

Bei den Getreidepreisen wurden im Vormonat
große Schwankungen festgestellt. Im Juni behaupteten die
Markte eine festere Haltung. In Berlin kostete pro Tonne:

	Weizen M.	Roggen M.
Anfangs Juni	231	195
Mitte Juni	230	194
Anfangs Juli	231	195

Die ruhige Tendenz wird auf die in Aussicht stehende
zünftige Ernte zurückgeführt. Ebenso war auch im Wehl-
handel eine ruhige Preishaltung behauptet worden. Die
Berliner Produktenbörse notierte für Weizenmehl 00
M 26,25 bis M 28,75, für Roggenmehl 0 und 1 M 23,20
bis M 24,80.

Die Zuckerpreise gingen im Berichtsmontat nach
den Magdeburger Berichten pro 50 Kilo Melis im Monats-
durchschnitt auf M 22,87 gegen M 23,47 im Mai zurück.
Immerhin stehen die Preise gegen den Jahresdurchschnitt
1911 noch um 38 % höher. Eine erhebliche Steigerung ist
demgegenüber beim Kakao zu verzeichnen. Nach den
damburger Berichten stieg Ultra von M 50 auf M 52,
Bahia von M 54 auf M 56 und Arriba von M 56 auf M 60
pro 50 Kilo. Die steigenden Tendenz, welche seit April
einsetzte, werden auch in der kommenden Zeit nicht ab-
flauen. Diese Vorgänge tragen wiederum dazu bei, daß
die Industrie auf eine möglichst große Ausbeute der Bohne
bedacht ist. Durch die neuesten Maschinen erfolgt von ein-
zelnen Fabrikan ten die Entölung in einer solch raffinierten
Weise, daß gegen dieses Verfahren von der Unternehme-
rvereinnigung mit Erfolg Protest eingelegt wurde. Für den
Fabrikanten ist das raffinierte Entölungsverfahren außer-
ordentlich gewinnbringend. Die Konsumenten dagegen
haben bei Einkäufen von Kakaoapulver eine minderwertige
Qualität.

Im Vormonat konnten wir bezüglich der Lebens-
mittelpreise von einer rückläufigen Bewegung der
Indeziffer für den Lebensmittelaufwand berichten. Im
Juni aber ist bereits wieder eine Steigerung um 35 %
eingetreten, und betrug die Standardziffer M 25,85. Als
die teuersten Städte werden Breslau mit M 29,52 und
Konstanz mit M 29,40 angegeben; die niedrigste Standard-
ziffer hatte Jnsterburg mit M 21,75. Die Spannung
beträgt M 7,77. Trotz des starken Auftriebs von Schlach-
tvieh auf den Märkten trat eine weitere Steigerung der
Fleischpreise ein. Der Durchschnittspreis für Schweine-
fleisch stellt sich pro Kilogramm auf 162,8 s gegen 159,7 s
im Vormonat.

Für die Arbeiter hat das erste Halbjahr nichts Gün-
stiges gebracht. Die Arbeitslosigkeit zählt immer noch eine
sehr hohe Reservearmee, obwohl im allgemeinen ein flotter
Geschäftsgang anhält. Andererseits ist aber kein Rückgang
in den Lebensmittelpreisen eingetreten. Danach kann heute
schon angenommen werden, daß auch in der zweiten Jahres-
hälfte keine nennenswerte Besserung eintritt.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Mühlenarbeiterstreik. Die Arbeiter der Großfirma
Bremme in Unna haben die Arbeit niedergelegt, weil ihren
gerechten Forderungen bei der jetzigen Lohnbewegung gar
wenig Rechnung getragen wurde. Im vorigen Jahre,

als die Organisation zum ersten Male mit Forderungen an
die Firma herantrat, wünschte diese selbst einen Vertrag
auf ein Jahr, um angeblich seine Wirkung zu erproben.
Nun die Arbeiter den Tarif zur rechten Zeit kündigten, war
die Firma sehr enttäuscht über die Gelehrlichkeit der Arbeiter.
Die Löhne für das teure Industrieregion betragen M 3,80
bis M 4,60. Zuzug ist fernzuhalten!

Der Pfarrer gegen die freie Gewerkschaft. Im
vorigen Jahre gelang es dem Brauerei- und Mühlen-
arbeiterverband, das Personal der Klosterbrauerei Hadmers-
leben zu organisieren und darauf einen für das Personal
vorteilhaften Tarif mit der Brauerei abzuschließen. Das
schien dem katholischen Pfarrer des Ortes nicht zu behagen.
Er setzte sich mit christlichen Gewerkschaftssekretären in
Verbindung, ließ die Gläubigen, soweit sie in der Brauerei
beschäftigt waren, zu sich kommen und in die christliche
Gewerkschaft aufnehmen. Mit der Klosterbrauerei hören
nun die Differenzen nicht auf: der Tarif wird nicht ein-
gehalten, in der Behandlung der Arbeiter wird ein Unter-
schied zwischen den Mitgliedern des Brauereiarbeiter-
verbandes und andern gemacht; auch sonst ist über manches
zu klagen.

In diesem Frühjahr klagten die Frauen und Mädchen,
die in der Brauerei beschäftigt sind, über Mißstände im
Flaschenkeller. Sie schlossen sich in einer Versammlung
dem Verbande an. Das wurde sofort dem Pfarrer ge-
meldet. Am folgenden Sonntag wurden von der Kanzel
herab alle diejenigen zur Besprechung eingeladen, die an
der Versammlung der Brauereiarbeiter teilgenommen
hatten. In dieser Besprechung erklärte der Pfarrer, es
wäre eine Schande für den ganzen Ort, wenn sie, die
Arbeiterinnen, in dem „sozialdemokratischen“ Verbands-
Klebe; sie mußten austreten, und der Pfarrer versprach,
an die Direktion zu schreiben, damit die Arbeitsverhältnisse
besser werden.

Die Direktion hat eine gute Stütze in dem Pfarrer
und wird so in ihrem Verhalten gegen die tarifliche Ord-
nung bestärkt, so daß die Differenzen nicht aufhören. Was
aber zum Teufel hat der katholische Seelsorger sich in diese
Angelegenheit zu mischen!

**Streik und Aussperrung von 3500 Arbeitern in
den Brennaborwerken (Gebr. Reichstein) in Branden-
burg a. d. S.** In den Brennaborwerken war am 9. August
eine Abteilung des Automobilbaues infolge Lohnunterschieden
und Entlassungen in den Streik getreten. Die Firma
versuchte, diese Abteilung mit Meistern, Vizemeistern, Lehr-
lingen und Arbeitern aus andern Abteilungen zu besetzen.
Am 12. d. M. wurden außerdem 24 Arbeiter aus andern
Abteilungen, die sich geweigert hatten, Streikarbeit zu ver-
richten, entlassen. Die Firma machte dann bekannt, daß sie
gezwungen sei, den Betrieb zu schließen, weil es ihr nicht
gelingen sei, Arbeiter aus der Kinderwagen- und Fahrrad-
abteilung als Ersatz für die Streikenden zu bekommen. Der
Betrieb soll erst wieder aufgenommen werden, wenn es ge-
lungen ist, die Abteilung der Streikenden zu besetzen.
Wenn die Firma die Aussperrung von rund 3500 Arbeitern
damit begründet, daß es ihr nicht gelungen sei, aus den
andern Abteilungen Streikbrecher zu finden, so kann die
Firma daraus den Schluß ziehen, wie groß der Unwille
ihrer Arbeiterschaft über das im Betriebe herrschende
System der „Akkordfestsetzung“ ist. Bei einigermaßen
gutem Willen und bei genügender Garantie, daß die
Arbeiter bei Festsetzung neuer Akkorde in ihrem bisherigen
Verdienst nicht gekürzt werden, wäre sehr leicht eine Ver-
ständigung erzielt worden.

k. Ofter Verbandstag der Fabrikarbeiter. Der
Verbandstag fand in der Woche vom 4. bis 10. August in
Dresden statt. Seit dem letzten Verbandstag vor zwei
Jahren hat sich der Verband stark entwickelt. Die zwei
Berichtsjahre 1910 und 1911 sind Jahre steten Vormärz-
schreitens. Am Jahresschluß 1909 zählte der Verband
141 024 Mitglieder; Ende 1911 zählten sich 189 443 Fabrik-
arbeiter um die Fahne des Verbandes. Die Zunahme be-
trug also 48 419. Die Aufwärtsbewegung hielt auch im
Frühjahre dieses Jahres an. Kurz nach Abschluß der Ge-
schäftsperiode stieg die Mitgliederzahl auf 200 000. Und
hätte der Verband nicht eine so starke Fluktuation, so wäre
gar das dritte Hunderttausend schon erreicht. Im Jahre
1910 wurden 74 789, 1911 81 578, in beiden Jahren zu-
sammen 156 367 neue Mitglieder gewonnen. Ein Zeichen
von erfolgreicher Agitationsfähigkeit. In derselben Zeit
waren aber auch 107 948 Austritte zu verzeichnen; also nur
ein Drittel der Zunahme konnte gehalten werden. — Die
Zahl der Verbandszweigen erhöhte sich in der Berichtszeit
von 495 auf 533. An 95 Orten wurden neue Zahlstellen
gegründet; 21 sind eingegangen und 45 haben sich mit
andern Zahlstellen verschmolzen.

Die abnorme Preissteigerung in den letzten Jahren
wurde durch Bewegungen um bessere Lohn- und
Arbeitsbedingungen auszugleichen versucht. Durch
die Kämpfe wurden erreicht: Lohnerhöhungen
oder Abwehr von Lohnkürzungen für 82 581 Beteiligte von
insgesamt M 133 364 pro Woche oder im Durchschnitt für
den einzelnen M 1,61, und Arbeitszeitverkürzung
oder Abwehr von Arbeitszeitverlängerung für 34 099 Be-
teiligte von insgesamt 74 323 Stunden pro Woche, oder für
den einzelnen pro Woche 2 1/4 Stunden. — Die Gesamtaus-
gaben für Streiks und Aussperrungen betragen M 1 974 804.
Darunter sind M 189 079 für Streiks anderer Verbände,
bei denen Mitglieder der Fabrikarbeiter in Mitleidenschaft
gezogen waren.

Die Zahl der vom Verband abgeschlossenen Tarife
vermehrte sich in der Berichtszeit um mehr als das Doppelte.
Am 1. Januar 1910 bestanden 124 Tarife für 195 Betriebe
mit 17 495 Beschäftigten. Neu abgeschlossen wurden
197 Tarife für 321 Betriebe mit 17 503 Personen. Die
meisten der abgelaufenen Tarife wurden erneuert. Am
Ende der Berichtszeit bestanden 293 Tarife für 495 Betriebe
mit 31 397 Personen.

Der Kassenbericht weist eine Gesamteinnahme
von M 8 514 379 und eine Ausgabe von M 6 364 356 auf.
Der Kassenbestand betrug am Schluß der Geschäftsperiode
M 2 150 023 gegenüber M 1 472 776 am Ende der letzten
Periode. Das Verbandsvermögen ist also um rund
M 770 000 gestiegen.

In der Debatte über den Geschäftsbericht erklärten die
Delegierten ihr Einverständnis mit der Tätigkeit des Vor-
standes.

Der wichtigste Beratungspunkt des Verbandstages war:
Die Abgrenzung unseres Agitationsge-
bietes. Hierzu referierte der Redakteur Schneider.
Mit Ausnahme der Gemeinde- und Brauereiarbeiter standen
bisher die deutschen Gewerkschaften auf dem Grundsatz der
Berufs- und im weiteren Verfolg der Industriebünde.
Der Hamburger Gewerkschaftskongress hat auch in diesem
Sinne beschlossen. Im Gegensatz zu dieser Haltung kam
der Referent Schneider zu der Forderung Betriebs-
organisationen. Er legte eine Resolution vor, in der gesagt
wird:

„Der Verdrängung des Berufsarbeiters durch den In-
dustriearbeiter muß die Umwandlung der Berufsorganisa-
tionen in Industriebünde folgen: die gewerkschaftliche
Entwicklung muß zu großen, leistungsfähigen Industrie-
verbänden führen.“

Der Industriebund ist nicht die einfache Fortentwick-
lung der Berufsorganisation, sondern bis zu einem gewissen
Grade sogar ihr Gegensatz. In der Berufsorganisation ver-
einigen sich die Arbeiter nach ihrer Vorbildung, ohne Rück-
sicht auf die Industrie, in der sie arbeiten — im Industrie-
verband vereinigen sich die Arbeiter nach ihrer industriellen
Tätigkeit ohne Rücksicht auf ihre Vorbildung. Die Be-
rufsorganisation kann mithin weder die Grundlage noch ein
Teil des Industriebundes sein. Die natürliche Grund-
lage, die logische Einheit des Industriebundes bildet
vielmehr die Zusammenfassung der Arbeiter eines Be-
triebes: die Betriebsorganisation muß die Grundlage der
Industriebünde bilden.

Wenn alle in einem Betriebe beschäftigten Arbeiter,
ohne Rücksicht auf Geschlecht und Beruf, in eine Organi-
sation vereinigt, zu gegenseitiger Solidarität erzogen, zu ge-
meinsamem Handeln verpflichtet werden, wird es noch besser
als jeither gelingen, der wachsenden Macht des Kapitals
Grenzen zu setzen, den Einfluß der Arbeiter zu mehren, dem
kulturellen Aufstieg der Arbeiter die Wege zu ebnen.

Aus diesen Erwägungen heraus, beauftragt der 11. Ver-
bandstag des Verbandes der Fabrikarbeiter seine Vertreter,
auf den gewerkschaftlichen Konferenzen und Kongressen und
bei Abschluß von Kartellverträgen im Sinne dieser Re-
solutions zu wirken, insbesondere die Einführung der Be-
triebsorganisation im Verbandsgebiet — dessen Grenzen im
Statut festgelegt sind — anzustreben.“

Die Statutenberatungskommission hatte zu diesem
Punkte Vorschläge eingereicht, nach denen der § 3 des
Statuts, in dem das Agitationsgebiet des Verbandes fest-
gelegt ist, abgeändert werden soll. Folgende Betriebe sollen
neu eingefügt werden: Müllverbrennungsbetriebe, Betriebe
zur Herstellung von Kunstseide, Kunstleder-, Bettfedern-,
Kunststein-, Nahrungsmittel- und Muffelfabriken,
Zuckerraffinerien. Dagegen sollen folgende, bisher
vom Fabrikarbeiterverband bearbeitete Betriebe aus dem
Agitationsgebiet gestrichen werden: Salinen, Harz- und
Pechgewinnung, Mineralwasseranstalten, Brennereien und
Brennstofffabriken, Likörfabriken und Destillationen, Spirit-
fabriken, Schaum- und Obstweinfabriken.

Am 4. Referat schloß sich eine ausgedehnte Debatte,
in der fast alle Redner sich dem Standpunkt Schneiders im
allgemeinen angeschlossen. Nur in der Verschmelzungsfrage
vertraten mehrere Delegierte die Ansicht, daß ein Zu-
sammenschluß mit gleichartigen Organisationen geboten sei.
Den breitesten Raum in den Ausführungen der Diskussions-
redner nahm die Behandlung der örtlichen Grenzstreitig-
keiten ein. Die Redner sind der Ansicht, daß auf die Fabrik-
arbeiter „von allen Seiten eingehauen“ werde und man
ihnen ihr Agitationsgebiet streitig mache. Grenzstreitig-
keiten bestehen mit den Transport-, Porzellan-, Metall-,
Holz-, Glasarbeitern, Maschinisten und Heizern, Buch-
bindern, Bauarbeitern und den Bäckern. Gegen die
Generalkommission wurden scharfe Angriffe erhoben, sie
bevorzuge die andern Verbände und urteile einseitig. Be-
klagt wurde, daß der Fabrikarbeiterverband keinen Vertreter
in der Generalkommission hat. — Der Vertreter der
Generalkommission, Rob. Schmidt, betonte, die Re-
solutions des Hamburger Gewerkschaftskongresses lasse Be-
triebsorganisationen nicht zu, es werde in ihr klar gesagt,
daß die Berufsorganisation maßgebend sein soll. —
Der Verbandstag stimmte aber einstimmig der Resolution
Schneiders — die vorerst nur eine prinzipielle Erklärung
und praktische Bedeutung noch nicht haben soll — sowie
Vorschlägen der Statutenberatungskommission auf Er-
weiterung resp. Begrenzung des Agitationsgebietes zu.

In einem Referat von Stille-S Hannover über „Die
Branchengliederung innerhalb der Organisation“ begründete
der Redner die Notwendigkeit und Nützlichkeit einer
Branchengliederung mit besonderer örtlicher Leitung. —
Der Verbandstag stimmte den Vorschlägen Stilles zu.

Bei Beratung der allgemeinen Anträge wurde ein
früherer Beschluß des Verbandstages, wonach die wegen der
Maifeier Ausgesperrten, Streikunterstützung erhalten,
aufgehoben. Fast alle Redner wandten sich gegen die
Maifeier in ihrer jetzigen Form.

Der Verbandstag stimmte dann noch einem Vorschlag
der Statutenberatungskommission auf Einführung
einer Unterstützungskasse bei Anfällen für fami-
liäre Verbandsfunktionäre einmütig zu. Diese bedeut-
same Neueinrichtung ist so gedacht: Die Verwaltung liegt
in den Händen des Vorstandes. Unterstützung erhält jeder
Funktionär des Verbandes, der bei einer im
Auftrag und im Dienste des Verbandes verrichteten Arbeits-
leistung verunglückt. Ein klagbares Recht soll keinem Mit-
gliede zustehen. Die zu gewählende Unterstützung besteht
in: 1. Kranken-, 2. Invaliden-, 3. Witwenunterstützung und
4. Sterbegeld. Die Unterstützungssumme beträgt bei 1:
M 15 wöchentlich für verheiratete und M 12 für ledige
Kollegen, bis zur Höchstdauer von 12 Monaten; bei 2: M 300
für verheiratete und M 200 für ledige Mitglieder. Die
Witwenunterstützung beträgt jährlich M 300 und die In-
validenunterstützung je nach dem Grade der Invalidität
M 150 bis M 600 jährlich. Die Kosten für die Kasse werden
durch Umlageverfahren von den Zahlstellen erhoben. Für
jedes Mitglied sind 5 s pro Jahr zu entrichten. Die Haupt-
kasse zählt jährlich einen fünfzigprozentigen Zuschlag zu
dieser Einnahme.

Für die Arbeiterinnen.

Freigabe des Sonnabendnachmittags.

k. r. Die Arbeiterschutzesgesetzgebung hat sich in Deutschland bekanntlich sehr langsam entwickelt. Das Wenige, was erreicht worden ist, haben wir in der Hauptsache nur der unermüdbaren Tätigkeit der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu verdanken. Gleich in der ersten Session des Norddeutschen Reichstages, im Herbst 1867, bemühte sich der Sozialdemokrat Schweizer, ein von ihm ausgearbeitetes Gesetz zum Schutze der Arbeit gegen das Kapital zur Anerkennung zu bringen. Diese Bemühungen scheiterten daran, daß Schweizer nicht einmal die zur Einbringung des Entwurfs erforderlichen 15 Unterschriften bei den bürgerlichen Abgeordneten erhielt. An der Beratung der Gewerbeordnung 1869 beteiligten sich sowohl unsere Abgeordneten Schweizer, Hasenclever, Frische, wie auch Webel und Liebknecht durch Einbringung von Verbesserungsanträgen. Unter anderem wurde auch die Beschränkung der Frauen- und Kinderarbeit gefordert. In den folgenden Sessionen wurde zwar mehrfach zu eingegangenen Arbeiterschutzesanträgen Stellung genommen, erreicht wurde aber für die Arbeiterinnen fast gar nichts. In der Session 1887 wurden dem Reichstage wiederum Entwürfe nach dieser Richtung unterbreitet und in einem von der zur Beratung eingesetzten Kommission in Vorschlag gebrachten Gesetzentwurf, der vom Reichstag sogar in zweiter und dritter Beratung mit Stimmenmehrheit angenommen war, finden wir zum ersten Male die Forderung auf Freigabe des Sonnabendnachmittags für Arbeiterinnen und Kinder. Wie vom Bundesrat nicht anders zu erwarten, versagte dieser im Jahre 1888 diesem Gesetzentwurf seine Genehmigung. Der hohe Bundesrat konnte nicht die Ueberzeugung gewinnen, daß ein dringendes Bedürfnis zu einem gesetzgeberischen Einschreiten hinsichtlich der Frauen- und Kinderarbeit in dem Umfange, wie es der Reichstag nach seinen Beschlüssen beabsichtigte, vorliege. Geringe Verbesserungen für Arbeiterinnen brachte dann erst der Entwurf von 1890/91. Bis 1890 bestanden bezüglich der Arbeitszeit der Arbeiterinnen noch keine gesetzlichen Bestimmungen. Erst vom Jahre 1891 ab bekamen wir für Arbeiterinnen den Elftundentag, für Sonnabends den Zehntundentag und Schluß der Fabriken um 5 1/2 Uhr. Den Sonnabendnachmittag den Arbeiterinnen gänzlich freizugeben, dazu hat man sich bis zum heutigen Tage noch nicht aufraffen können. Durch die Novelle vom 28. Dezember 1908 wurde die letzte Aenderung vorgenommen, und zwar dahingehend, daß vom 1. Januar 1910 ab an Stelle des elftündigen Maximalarbeitstages für Arbeiterinnen der zehntündige, an Sonnabenden der achttündige und der Arbeitschluß Sonnabends um 5 Uhr trat. Bei Beratung der Gewerbeordnung vom Jahre 1907 beantragten die Sozialdemokraten, für Arbeiterinnen die Arbeitszeit von zehn auf neun Stunden und vom 1. Januar 1912 an auf acht Stunden herabzusetzen. Auch standen sie der Einführung des freien Sonnabendnachmittags sympathisch gegenüber. In letzter Beziehung war aber nichts zu erreichen, weil die Vertreter der bis jetzt ausschlaggebenden Parteien im Reichstage solchen Anträgen nicht zustimmten. So begründete selbst ein freisinniger Volksparteiler, der Abgeordnete Wang, seinen ablehnenden Standpunkt wie folgt: „Ich habe mich in der Kommission auch in dem Sinne ausgesprochen, daß ich es für wünschenswert halte: wenn wir nach und nach zu einem freien Sonnabendnachmittag kommen. . . . Ich muß aber behaupten: Ein großer Teil unserer Arbeiter weiß mit dem Sonnabendnachmittag nichts Rechtes anzufangen (1); wir müssen erst mit der Zeit dazu kommen, und zwar schrittweise. Sonst werden die Frauen unserer Arbeiter Ihnen Vorwürfe machen, wenn die Männer am Sonnabendnachmittag beschäftigungslos sind.“ (1) Wo selbst ein freisinniger Volksparteiler einen so bemitleidenswerten Standpunkt vertrat, da brauchten die Blauen und Schwarzen sich zur Ablehnung solcher Anträge nicht groß anzustrengen.

Hiernach bleibt also die Forderung: Freigabe des Sonnabendnachmittags bestehen, und hoffentlich gelingt es mit Hilfe der Gewerkschaften, dem gesteckten Ziele näher zu kommen. Um dann das Erreungene gefestigt zur Anerkennung zu bringen, dafür wird die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage Sorge tragen. Der Freigabe des Sonnabendnachmittags wurde besondere Aufmerksamkeit auf dem Verbandstage der Textilarbeiter geschenkt. In einem längeren Referat wurde die Notwendigkeit dieser Forderung begründet und dieselbe dann als ein Kampfsziel des Verbandes aufgestellt. Auch die Verbandstage der Holzarbeiter und der Schuhmacher nahmen eine Resolution an, in der die Freigabe des Sonnabendnachmittags gefordert wird, ohne daß jedoch deshalb an den andern Wochentagen die Arbeitszeit verlängert werden darf. Von den Unternehmern können sich viele immer noch nicht daran gewöhnen, selbst die minimalen gesetzlichen Bestimmungen zu beobachten. Sehen wir uns die Berichte der Gewerbeinspektoren für 1911 an, so finden wir das bestätigt. Auch wegen Uebertretung der die Arbeitszeit an den Sonnabenden regelnden Bestimmungen für die Arbeiterinnen mußten nach den Gewerbeinspektionsberichten eine ganze Anzahl Strafverfahren erfolgen. Würden alle Betriebe revidiert worden sein und würden mehr Frauen zur Gewerbeinspektion herangezogen, dann würde eine genauere Kontrolle bezüglich Einhaltung der Arbeiterschutzesbestimmungen erfolgen können. Daß vielfach nur der gute Wille der Unternehmer fehlt, die Arbeitszeit an den Sonnabenden weiter zu verkürzen, ergibt sich indirekt ebenfalls aus den Berichten der Gewerbeinspektionen. Nach dem Casseler Bericht wird schon mehrfach mit verkürzten Pausen von 6 Uhr früh bis mittags 2 Uhr gearbeitet. Diese Regelung konstatiert auch der Breslauer Bericht, und dann wird in demselben noch hinzugefügt, daß sie sich bewährt habe. Nehmen wir diese Regelungen als abschlagende auf die im Interesse der Arbeiterinnen, namentlich aber der verheirateten Frauen, weiter zu erhebende Forderung:

Freigabe des Sonnabendnachmittags für alle Arbeiterinnen!

Technische Rundschau.

Patentschau. Vom Patentbureau O. Krueger & Co., Dresden, Schloßstraße 2. Abschriften billigst. Wenn ein Leser irgendwelche Auskünfte in Schutzangelegenheiten braucht, so wird er gebeten, das Patentbureau in Anspruch zu nehmen; es ist für ihn kostenlos.

Angemeldetes Patent: Kl. 2b. - R. 33 014. Maschine zum Mischen, Kneten, Formen und Schneiden von Teig. Labislav v. Rupp, Budapest. Ang. 20. April 1911. Gebrauchsmuster: Kl. 24. 517 471. Hygienische Brothülle. Rich. Eger, Deuben-Dresden. Ang. 28. Juni 1912. Angemeldete österreichische Patente: Kl. 2 a. A. 6585-11. Kuchenblech. Die offene Seite desselben ist durch eine an ihren Enden mit Schließklappen versehene Leisten geschlossen. Martha Mary, Breslau-Kleinburg. Ang. 31. Juli 1911. - Kl. 2b. A. 4938-11. Semmelermaschine, bei welcher die in Formen eingebrachten Teigtücke durch einen in die Formen eingeführten Messerarm mit Einschnitten versehen werden. Victor Rausch, Privatier in Ding a. d. D. Ang. 7. Juni 1911.

Literarisches.

Verband der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter. Jahresbericht des Verbandsvorstandes für das Geschäftsjahr 1911. 32 Seiten. Selbstverlag.

— Zwölf Wohnungen für Schweizer in Großberlin. Ein Beitrag zum Kampf gegen das Kost- und Logiswesen. 20 Seiten. Selbstverlag.

Unter diesem Titel gibt der Vorstand des Verbandes der Land-, Wald- und Weinbergarbeiter eine in Broschürenform gehaltene Flugschrift heraus, die einen Beitrag zum Kampf gegen das Kost- und Logiswesen darstellt. Auf zwölf Illustrationen ist das Wohnungswesen der Textilarbeiter oder Melder in Berlin und den Vororten gezeigt. Die beigegebenen Erläuterungen zeigen in knappen Schilderungen die Kost- und Wohnverhältnisse dieser für die Ernährung der Großstadtbevölkerung, namentlich der Kinder, so wichtigen Berufskategorie. Im Stall und auf dem Fenboden, in Kellerlöchern und Korridorwinkeln müssen die Arbeiterin Schmutz und dampfer Luft kumpieren, die für die Milchproduktion eines sehr großen Teils der Berliner Bevölkerung in Betracht kommen. Die zwölf Bilder und ihre textlichen Ergänzungen reden eine derart eindringliche Sprache, daß kein Einsichtiger sich der Forderung auf rücksichtslose Beseitigung solcher menschenunwürdigen Zustände verschließen kann.

Verband der Maler usw. Jahresbericht des Vorstandes für 1911. 261 Seiten. Selbstverlag.

Zentralverband der Hausangestellten. Protokoll der Verhandlungen des ersten Verbandstages in Berlin 1912. 80 Seiten. Selbstverlag.

— Tätigkeits- und Kassenbericht der Hauptverwaltung für das Jahr 1911. 28 Seiten. Selbstverlag.

Von den Abhandlungen und Vorträgen zur sozialistischen Bildung, die Genosse Grunwald im Verlage von Raden & Comp. in Dresden herausgibt, ist soeben, nachdem Heft 2 und 3 schon vor einigen Wochen herauskamen und hier angezeigt wurden, Heft 1 erschienen. Dieses Heft 1, das vom Herausgeber verfaßt ist, führt den Titel: „Zur Einführung in Marx' „Kapital“.“ Es gibt zunächst einen Ueberblick über die zeitliche Entstehung dieses Fundamentalwerkes des wissenschaftlichen Sozialismus, dann eine knappe Einführung in die Marxsche Denkmethode und schließlich einen besonderen Begleitzer zum Studium der einzelnen Bände des „Kapital“. Dabei hat es der Verfasser abichtlich vermieden, die Begriffe, Gesetze und Untersuchungen, die Marx selbst im „Kapital“ gibt, durch Umschreibungen wiederzugeben. Es handelt sich ausschließlich und beuusstermaken um eine Einführung in das Werk und seine Methodik.

Der Anhang ist auch bei diesem Hefte außerordentlich materialreich und dadurch von besonders lehrreichem Wert. Er gibt zum erstenmal in der sozialistischen Literatur überhaupt eine Marx-Chronik, das heißt eine nach der Zeit geordnete Reihenfolge der wichtigsten Ereignisse in Marx' Leben und der wichtigsten seiner Arbeiten. Daran schließt sich an eine Sitzung über die Marx-Literatur zum weiteren Studium, und den Schluß des ganzen Heftes bilden die berühmten Aufsätze von Engels und Dieckgen über das „Kapital“. Diese Aufsätze, die 1868 erschienen, sind heute der jüngeren Generation schwer zugänglich, und es erscheint uns als ein besonderes Verdienst, diese sachlich so bedeutsamen Arbeiten der Arbeiterklasse durch Nachdruck zugänglich gemacht zu haben.

Das Heft ist 36 Seiten Oktav stark und kostet wie die früher erschienenen Hefte 40 P. Es ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteurs zu beziehen.

Anzeigen.

Nürnberger Bäcker- und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei **Hans Dersfuss, Schneidermeister, Heugasse 2, 1. Et.,** gegenüber dem Verbandslokal.

Münchener Bäcker und Konditorgehilfen decken ihren Bedarf am besten bei **Gg. Prem, Schneidermeister, Walterstr. 19/0.**

Spezial-Tanzunterricht für die Herren Bäcker usw. Berlin, Schönhauser Allee 28, Berolina-Säle. Honorar M. 6 bis zur vollständigen Ausbildung als guter Tänzer ohne Nachzahlung von Lehrhonorar. Unterrichtsstunden: Sonntag nachmittags von 4 bis 7 Uhr und Mittwoch abends von 8 bis 10 Uhr. Nach dem Unterricht: Gesellschaftsstunde. Für gewissenhafte Ausbildung letzte Garantie. Anmeldung jederzeit erbeten. **Emil Schulz, Tanzlehrer seit 1897, Berlin N 31, Bernauerstr. 117.**

Zürich (Schweiz) :: Bäcker.

Verkehrslokal und Herberge der Bäcker, „Gasthaus zum hintern Stern“, empfiehlt sich den organisierten Bäckerarbeitern bestehend. Bekannt durch billige Betten, gute Speisen und reelle Getränke. **A. Kohler.**

Künstliche Zähne, Plomben

Zahnoperationen mit örtlicher Betäubung **Emil Bade, Zahnkünstler, Berlin N, Schönhauser Allee 43** Bei der Orts- u. Innungskrankenkasse angestellt.

SENKING WERK HILDESHEIM

Hoflieferant S. M. d. Kaisers :: Kgl. Bayr. Hoflieferant

empfiehlt sich zur Lieferung von

DAMPFBACKOEFEN

aller Art

als Auszug-, Einschieß- und Kombinationsöfen sowie Spezialöfen für Kleinbäcker und Konditoren zur Beheizung mittels fester Brennstoffe oder Gas

ferner zur Einrichtung kompletter

Brotfabriken u. Bäckereien

auf Grund langjähriger Erfahrung

Bei Bäckereien eingeführte rührige :: Platz-Vertreter gesucht ::

Mitglieder- bzw. öffentliche Versammlungen.

(Wo nichts Besonderes vermerkt, bezieht sich die Zeitangabe auf die Nachmittags- oder Abendstunden.)

- Sonntag, 25. August:**
Malen: Vorm. 10 Uhr im Gasthaus „Zum Hirsch“. — **Bayreuth:** Im Restaurant Brev, Kirchgasse. — **Sennigsdorf:** 4 Uhr bei Lehmann. — **Landenberg a. d. W.:** 2 Uhr bei Daber, Moltkeplatz. — **Lüneburg:** 3 Uhr bei Th. Ball, Südstor. — **Stadthagen:** 4 Uhr bei Wedderhahn, Götternstraße.
- Dienstag, 27. August:**
Müstringen-Wilhelmshaven: 3 Uhr bei Buddenberg, Müstringen, Peterstraße. — **Straußing:** 1 1/2 Uhr, „Bamberger Hof“, Seminarstraße.
- Mittwoch, 28. August:**
Damburg-Altona (Seefahrende): 8 Uhr bei Pfeifer, St. Pauli, Silberjachtstr. 15. — **Niel:** 4 Uhr im Gewerkschaftshaus, Fahrstraße. — **München (Konditoren):** Im Gasthof „Zum goldenen Lamm“, Zweigstr. 4. — **Traunstein:** 2 Uhr, „Zum Löwen“.
- Donnerstag, 29. August:**
Esslingen: 3 Uhr, „Zur neuen Welt“, Milchstr. 5. — **Mannheim:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, F 4, 8. — **Stuttgart (Bäcker):** 3 Uhr in der „Börsenhalle“ Christophstraße 24; (Konditoren): 8 Uhr in der „Börsenhalle“, Christophstr. 24.
- Sonntag, 1. September:**
Apolda: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus. — **Coburg:** 3 Uhr im Restaurant „Neue Welt“. — **Crefeld:** Vorm. 11 Uhr bei Bahn, „Zum alten Museum“, Karlsplatz. — **Dortmund:** 3 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstraße. — **Duisburg:** Vorm. 10 1/2 Uhr im „Bienenhaus“, Friedrich-Wilhelm-Platz. — **Düsseldorf:** Vorm. 11 Uhr im Volkshaus. — **Flensburg:** 2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Schloßstraße. — **Gesfacht:** 3 1/2 Uhr bei Ernst Otto, Herberge, Bergedorfer Straße. — **Helmstedt:** Bei Lehmann, Holzberg 7. — **Hildesheim:** Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Goshenstr. 28. — **Hof:** Vorm. 10 Uhr, „Zur goldenen Gans“. — **Limbach i. S.:** 3 Uhr in der „Karlsburg“, Karlstr. 14. — **Ludenwalde:** Im Gewerkschaftshaus, Beelitzer Straße. — **Marktreuth:** 2 Uhr bei Böß, Schreinersberg. — **Meuselwitz:** 8 Uhr, „Zum Deutschen Kaiser“. — **Potsdam:** 2 Uhr bei Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38. — **Rostock:** 2 1/2 Uhr, Beguinenberg 10. — **Schmölln i. S.:** 2 Uhr in der „Germania“, Grimmitzauer Straße. — **Suhl:** 3 Uhr in Dombergs „Anischt“. — **Tangermünde:** 3 Uhr im „Kaiserhof“, Lange Straße 47. — **Thorn:** 2 Uhr. — **Ulm:** 3 Uhr im Restaurant „Hohentwiel“. — **Uetersen:** Vorm. 10 Uhr bei Steyerfen. — **Vegeack:** 4 Uhr bei Brümmer, Gerhard-Rolfs-Straße 55. — **Wexlar:** 3 Uhr bei Jordan, Laßstr. 21.

Für die Redaktion verantwortlich: Felix Weidler, Hamburg, Bismarckhof 57. — Verlag von O. Ullmann, Hamburg. — Druck: Hamburger Buchdruckerei und Verlagsanstalt Auer & Co. in Hamburg.